Bezugspreis vierteljährlich: in Münster zweimal täglich frei ins Haus gebracht 1 Mark 35 Pfg., — auswärts von der Post abgeholt 1 Mark 50 Pfg., durch den Briefträger gebracht überall, wo nur einmal im Tage Briefbestellung stattfindet, 1 Mk. 92 Pfg., in Orten mit zwei- und mehrmaliger Bestellung 2 Mk. 22 Pfg.

Drahtadresse: Volkszeitung Münsterwestf.
Fernspr.: Redaktion (Klosterstr. 31/32) Nr. 264 u. 23.
Fernspr.: Geschäftsstelle (Michaelisplatz 9) Nr. 23.

Münsterischer Anzeiger

Zwei Ausgaben täglich. und Münsterische Volkszeitung. 33425 Abonnenten.

Anzeigen: Der Raum für die Anzeigenspalte, 39 mm breit, 2,4 mm hoch, 25 Pfg.; bei Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 20 Pfg., aus der Stadt Münster 15 Pfg. (für Aktiengesellschaften usw., Vereine und Behörden 25 Pfg.). — Reklamen: Der Raum für die Reklamenspalte, 87 mm breit, 2,4 mm hoch, 1 Mk. — Für die Erfüllung von Platzvorschriften wird Gewähr nicht übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen vier Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt. — Gebühr für Beilagen nach Gewicht.

Erste Ausgabe. 1. Blatt. Mittwoch, 22. März 1911. 60. Jahrgang. Nr. 200.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 21. März. (Drahtb.)

Am Ministertische Handelsminister Sydow.

Präsident **v. Kröcher** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Zunächst wird an Stelle des früheren Abg. Kreitling (Fortschr. Vp.) der Abg. Aronsohn (Fortschr. Vp.) zum Mitgliede der Staatsschuldenkommission gewählt.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung des

Bergetats

bei Kapitel Bergwerke.

Abg. **Spinzig** (freikons.) Es ist wünschenswert, daß ein Vertrauensverhältnis zwischen den Beamten und Arbeiterr herrscht.

Abg. **Maurer** (ntl.) hält es für ungerechtfertigt, daß die Steiger gezwungen werden, aus der Organisation auszutreten.

Die Ausgaben für die Beamtengehälter werden bewilligt.

Die Debatte über die Ausgaben von Materialien, Geräten, Erweiterungsbauten und Unterhaltung für die Betriebsanlagen wird verbunden mit der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Anleihe zur Erweiterung der Anlagen der Bergwerksverwaltung.

Abg. **v. Pappenheim** (k.): Um die Etatsberatung nicht zu verschleppen, verzichteten wir in der Generaldebatte auf's Wort. Wir wünschen, daß der Etat ein klares Bild von der Bergwerksverwaltung gibt. Dem Gesetzentwurf stimmen wir zu.

Abg. **Noeren** (Ztr.): Trotzdem die grundsätzliche Frage des Arbeiterwohnungswesens in den Bergwerken aus der Diskussion ausgeschlossen sein sollte, hat man sich gestern ausführlich über die Lohnverhältnisse im Saarrevier verbreitet, so daß auch ich darauf zurückkommen muß. Ich beginne mit dem Ausdruck des Bedauerns über die gestrigen verhetzenden Übertreibungen, die sich der Abg. Hoffmann erlaubt hat. Uns wird es durch ein solches Auftreten sehr erschwert, für die berechtigten Ansprüche der Bergarbeiter einzutreten, wie sie in der Denkschrift der christlichen Gewerkvereine Deutschlands enthalten sind. Allein von der Saar gehören 12 000 Bergleute den christlichen Organisationen an. Die Beschwerden richten sich hauptsächlich gegen die niedrigen Lohnsätze. Mit den Durchschnittslöhnen ist ein Bergarbeiter mit Familie trotz der größten Einschränkung nicht in der Lage, auch nur das Allernotwendigste für Unterhalt und Wirtschaft zu bestreiten. Redner geht ausführlich auf das Budget einer sieben Köpfe starken Bergmannsfamilie ein. So kann das nicht weiter gehen, wenn nicht wirtschaftliche Katastrophen eintreten sollen. Die Bergleute sind bei den Kaufleuten usw. mit ganz unverhältnismäßigen Beträgen verschuldet. Der Einwand, daß die Bergarbeiter an der Saar billiger auskommen könnten weil sie in großer Zahl mit einem Häuschen angesessen seien, ist nur äußerlich richtig, denn diese Art Ansässigkeit kann sie auch nicht dagegen schützen, daß sie immer tiefer in Schulden geraten. Eine Rundfrage bei den Spar- und Darlehnskassen hat das außer Zweifel gesetzt. Die Arbeitszeit an der Saar ist mit 9½ Stunden noch viel zu lang. In allen fiskalischen Betrieben ist sie kürzer. Es muß auch endlich etwas geschehen, daß die Kranken-Versicherung der Familie geregelt wird. Die Löhne in den Betrieben an der Ruhr sind erheblich höher, als die der fiskalischen Betriebe im Saarrevier, und diese Differenz wird von den Bergarbeitern im Saarrevier um so härter empfunden, als die Preise der Lebensmittel und der Bedarfsgegenstände an der Ruhr und an der Saar ganz gleich sind. Die Löhne müssen doch wenigstens eine Höhe haben, daß die Arbeiter mit ihren Familien auch leben können. (Beifall).

Abg. Dr. **Glattfelter** (Ztr.): Dem Wunsche des Vorredners auf Erhöhung der Löhne an der Saar schließe ich mich an. Ich hoffe, daß Feierschichten in der nächsten Zeit nicht mehr eingelegt zu werden brauchen. Wünschenswert ist es daß auch für Wohlfahrtszwecke mehr getan wird. Insbesondere muß die Bergverwaltung mehr Land zum Bau von Arbeiterwohnungen ankaufen, auch den Arbeitern Land für ihre Familien zur Verfügung zu stellen. Zu empfehlen wäre auch die Einrichtung von Familienkrankenkassen. Ein großer Zuschuß, um die bestehenden Familienkrankenkassen wirksamer zu gestalten, wird nicht nötig sein. Aber selbst wenn der nötig wäre, müßte die Regierung Schritte tun, damit die Existenz der Arbeiter und ihrer Familien gesichert wird. (Beifall).

Abg. **Maurer** (ntl.): Wir bedauern die gestrige Erklärung des Ministers, daß an eine Lohnerhöhung der Saararbeiter kaum zu denken ist. Ich bedauere es um so mehr, weil die Löhne seit 1908 zurückgingen.

Abg. **Imbusch** (Ztr.): Der Abg. Hoffmann hat hier im Hause am 11. Februar gesagt: „Ich verstehe auch nicht allzu viel vom Bergbau". Dieses Bekenntnis ist sehr blamabel für Herrn Hoffmann, und trotzdem stellt er sich hier hin und richtet die schärfsten Angriffe gegen die Bergbauverwaltung. Seine gestrige Rede enthält Entstellungen und Unwahrheiten in großer Zahl. Gerade von dieser Seite wird besonders mit Schimpfereien gearbeitet.

Präsident **v. Kröcher**: Ich nehme an, daß Sie das Wort Schimpfereien nicht in Bezug auf Mitglieder des Hauses gebraucht haben.

Abg. **Imbusch**: Nein, ich habe nicht Mitglieder des Hauses gemeint. (Heiterkeit).

Abg. **Schubert** (Hosp. d. Natlb.) wünscht, daß der Minister die vorgetragenen Wünsche wohlwollend prüfe.

Hierauf wird der vorgenannte Gesetzentwurf in zweiter und dritter Lesung in der Fassung der Kommission angenommen. Die in Verbindung mit dem Entwurf beratenen Etatstitel werden bewilligt, ebenso das Kapitel Bergwerke.

Debattelos wird das Kapitel Hütten- und Walzwerke bewilligt, desgleichen eine Reihe weiterer Kapitel.

Bei Kapitel Oberbergämter beklagt der

Abg. **Brust** (Zentr.) die Überlastung der Steiger. Einem Steiger, der sich, weil er sieben Schichten gemacht hatte, weigerte, wieder einzufahren, wurde von dem vorgesetzten Beamten geantwortet: „Das ist ganz egal! Und wenn Sie verrecken, Sie fahren ein!"

Beim Kapitel Geologische Landesanstalten Berlin weist Abg. **Weißärmel** (k.) auf die zunehmende Bedeutung des Instituts hin.

Bei Kapitel Verschiedene Verwaltungs- und Betriebsausgaben begründet

Abg. **Spinzig** (fk.) die Resolution der Kommission, wonach der im Kapitel zur Unterstützung ausgeschiedener Beamten und der Witwen und Waisen der Beamten ausgeworfene Betrag von 120 000 Mk. im nächsten Etat dem Bedürfnis entsprechend erhöht werden soll.

Die Resolution wird angenommen und der Rest des Bergetats debattelos erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des

Etats der Zentral-Genossenschaftskasse.

Abg. **Meyenstein** (k.): Ein großer Teil der Genossenschaften steht mit der Zentralgenossenschaftskasse in geschäftlicher Verbindung, die Kasse verfolgt in erster Linie das Ziel, die Interessen des Mittelstandes zu fördern. Auffallend ist die Notiz der Berliner Korrespondenz, wonach das Verhältnis zwischen der Zentralgenossenschaftskasse und der Landwirtschaftlichen Zentraldarlehenskasse gelöst sei.

Unterstaatssekretär **Michaelis**: Es ist richtig, daß die Preußenkasse die Verbindung mit der Zentraldarlehenskasse löste, weil diese in Verbindung mit der Reichsgenossenschaftsbank trat. Diese Verbindung wurde jedoch inzwischen gelöst. Die Preußenkasse ist deshalb bereit, mit der Zentral-Darlehnskasse wieder in Verhandlungen zu treten, mit dem Ziel, die Geschäftsverbindung wieder aufzunehmen.

Abg. **Stull** (Ztr.): Der Landrat soll Anregungen zur Gründung von landwirtschaftlichen Genossenschaftskassen geben. Damit muß aber seine Tätigkeit beendet sein. Alles was vom Landratsamte kommt, schmeckt im Volke nach Verfügungen und Verordnungen. Die Genossenschaftskassen sollen aber vollkommen auf Freiwilligkeit beruhen, damit das Gefühl erhalten bleibt, daß die Genossenschaftskassen etwas Selbstgeschaffenes, etwas Bodenständiges sind. Die Vorsitzenden der Aufsichtsräte genügen vollkommen, um die Geschäfte der Kasse zu führen; dazu hat der Landrat gar nichts zu sagen. Denn das wäre ja fast so, als ob man den Genossenschaftskassen wie den Fürsorgezöglingen einen Generalvormund geben müßte. Ich freue mich über die Tätigkeit des Landrats bei den Genossenschaftskassen, aber ich sehe darin eine große Gefahr, weil es dem Landrat schwer wird, bei verschiedenen gegnerischen Verbänden Neutralität zu wahren. Auf einer Konferenz der Landräte in Schlesien ist über die Einwirkung des Landrats auf das Genossenschaftswesen gesprochen worden. Der Referent in dieser Konferenz ist insofern aus der Rolle gefallen, als er sagte, die Genossenschaften seien ja an und für sich unpolitisch, trotzdem hätten aber die leitenden Persönlichkeiten großen Einfluß auf die Genossen, und es sei deshalb Aufgabe, dafür zu sorgen, daß politisch zuverlässige Persönlichkeiten an die Spitze der Genossenschaften kämen. Das hätte nicht kommen dürfen. Solche Ansichten sind Gift für das Genossenschaftswesen. Der Referent will die Genossen „uns" politisch nähern. Was versteht er unter „uns"? Meint er damit die Konservativen, oder die Freikonservativen oder die Nationalliberalen oder das Zentrum, oder die Regierung? Die Genossenschaftskassen müssen unabhängig erhalten bleiben; Sie haben die Genossenschaften vor konfessioneller Bestrebungen bewahrt, jetzt bewahren Sie auch sie vor politischen Einflüssen. Nur wenn diese Auswüchse und Schädlinge fern gehalten werden, kann der große Baum des Genossenschaftswesens gute Früchte bringen. (Beifall).

Finanzminister Dr. **Lentze**: Die unter Konitz als Oberpräsidenten bezw. Regierungspräsidenten abgehaltenen Landratskonferenzen haben vollständig vertraulichen Charakter. Ich halte es nicht für unrichtig, wenn der Landrat in seinem Kreise Mitglied der Genossenschaft wird, oder eine solche gründet, ich würde es aber mißbilligen, wenn der Landrat seine Stellung dazu benutzen würde, Politik in der Genossenschaft zu treiben.

Abg. **v. Bieberstein** (k.): befürwortet eine wirksame Beteiligung der Preußenkasse an der Entschuldungsaktion des ländlichen Grundbesitzes.

Geheimrat **Busch**: Die Tätigkeit der Preußenkasse ist in gewissem Sinne auch auf die Entschuldung ausgedehnt worden.

Abg. **Gyßling** (Forschr. Vp.): Wir halten es nicht für richtig, daß staatliche Mittel zur Entschuldung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes verwandt werden.

Präsident der Zentralgenossenschaftskasse **Heiligenstadt**: Es wird noch lange dauern, bis die Zentralgenossenschaftskasse durch ein anderes Institut ersetzt wird. Ein Privatinstitut kann nicht so gemeinwirtschaftlich wirken wie eine Staatsanstalt. Wir sind bestrebt, die Selbstverwaltung der Genossenschaften zu mehren. Andererseits sollen die Genossenschaften aus einer gewissen staatlichen Überwachung nur Vorteil ziehen. Die Entschuldung des ländlichen Besitzes kann sehr wohl in Verbindung mit den Genossenschaften durchgeführt werden. Die ganze Aktion befindet sich aber noch in Vorbereitung. Politische und wirtschaftliche Bestrebungen sollen der Preußenkasse ferngehalten werden.

Abg. **Stull** (Zentr.): Auf die Bemerkung des Abg. Gyßling über die Tätigkeit der Landräte bei den Wahlen kann ich nicht antworten; der Präsident würde mich unterbrechen. Ich habe nur die Anschauung des Referenten in der Konferenz der schlesischen Landräte zur Kenntnis bringen wollen. Ob die Landräte ihm zugestimmt haben, ist gleichgültig.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. **Dietrich** (k.), **Friedberg** (ntl.), **Gyßling** (Fortschr. Vp.) und **Hammer** (k.) wurde der Etat bewilligt; ebenso der Etat des Herrenhauses debattelos.

Zum Etat des Abgeordnetenhauses liegt eine Resolution der Budgetkommission auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes vor, der das Recht der Präsidenten beider Häuser des Landtages zur Vertretung des Fiskus sowie der Rechtsverhältnisse der Beamten beider Häuser regeln soll.

Die Resolution wird angenommen.

Abg. **Leinert** (Soz.): Die Fahrkarten der Abgeordneten müssen für die ganze Legislaturperiode und für ganz Preußen gelten. Die Regierung sollte den Landtag früher einberufen.

Abg. Graf **Spee** (Soz.): Dem Hause eine neue Etage für 500 000 Mark aufzusetzen, lehnen wir entschieden ab.

Der Etat wird bewilligt.

Bei dem Etat der allgemeinen Verwaltung, Titel „Zuschuß an die Kronkasse zu den Betriebskosten für das Kgl. Theater" bemerkt

Abg. **Kopsch** (Fortschr. Vp.): Im Vergleich zu Dresden, München und Hannover stehen die Leistungen der Künstler der Berliner Oper auf einem niedrigen Niveau.

Der Etat wird bewilligt; ebenso das Etatsgesetz und das Etatsnotgesetz.

Damit ist die 2. Beratung des Etats erledigt.

Präsident **von Kröcher** schlug vor, die nächste Sitzung auf morgen 12 Uhr festzusetzen mit der Tagesordnung: Dritte Lesung des Etats.

Abg. **Fischbeck** (Forschr. Vp.) erhob Widerspruch, der von einigen Nationalliberalen, Freisinnigen, Polen und Sozialdemokraten unterstützt wurde, jedoch erfolglos.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. Tagesordnung: Feuerbestattungsgesetz. Kleinere Vorlagen.

Schluß 5¾ Uhr.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 21. März. (Drahtb.)

Am Bundesratstische Staatssekretär Delbrück.

Präsident Graf **Schwerin-Löwitz** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 mit folgenden Worten: (Die Abgeordneten und die Vertreter der Regierungen erheben sich von ihren Sitzen) Meine Herren! Wie am 21. März 1871 der damalige Alterspräsident von Frankenberg-Ludwigsdorf die erste Sitzung eröffnete, so habe ich heute, nach genau 40 Jahren die 3425 Sitzung des Reichstages zu eröffnen. (Große Heiterkeit, die, da der Präsident nichts hinzufügt, in ein schallendes Gelächter übergeht.)

Zunächst steht die Abänderung des § 15 des Zolltarifgesetzes und des § 2 des Gesetzes betr. die Hinterbliebenenfonds und den Reichsinvalidenfonds zur Debatte. (Hinausschiebung der lex Trimborn.)

Abg. Dr. **Mugdan** (Forschr. Vp.): Das bei dem Zolltarif abgegebene Versprechen wird wiederum nicht eingelöst. Deshalb sind auch die Mehrheitsparteien und namentlich das Zentrum dafür, dieses Gesetz in den letzten Abenden durchzupeitschen. Wir können dem Entwurf nicht zustimmen. Wer dafür ist, der bringt dadurch zum Ausdruck, daß ihm an dem Zustandekommen der Witwen- und Waisenversicherung nichts liegt. Das Geld liegt bereit. Deshalb dringen wir darauf, das daß Gesetz spätestens am 1. Okt. 1911 in Kraft tritt und nicht erst am 1. Januar 1912.

Abg. **Haußmann**-Hannover (ntl.): Die Änderung des Gesetzentwurfes ist notwendig. Wir schließen uns den Ausführungen der Regierung, daß dieses Gesetz ein wesentlicher Bestandteil der Reichsversicherungsordnung ist, an. Wir stimmen deshalb der Vorlage zu. (Bravo!)

Abg. **Trimborn** (Zentr.): Der Abgeordnete Mugdan hat dieselben Vorwürfe gegen uns erhoben, die er schon im vorigen Jahre gegen uns vorgebracht hat. Herr Mugdan sollte sich doch allmählich die Redensart abgewöhnen, daß die Regierung von einzelnen Parteien abhängig ist. (Sehr richtig!) Die lex Trimborn stellt einen Druck auf die Regierung dar, die Witwen- und Waisenversicherung der Arbeiter endlich in die Wege zu leiten. Das kann nicht bestritten werden. Ich gehe auf die Angriffe des Abg. Mugdan nicht näher ein. Die Logik, daß dem, der für diese Vorlage stimmt, nichts an dem Zustandekommen der Witwen- und Waisenversicherung liegt, richtet sich von selbst. Wir wollen doch durch dieses Notgesetz das Hauptgesetz fördern. Wir wollen dadurch das Reichsversicherungsgesetz fördern. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Westarp** (k.): Auch wir stimmen der Vorlage zu. Wer für die Witwen und Waisen etwas tun will, muß dafür sorgen, daß die Reichsversicherungsordnung bald Gesetz wird.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.): Hier zeigt sich wieder einmal, daß das Zentrum seine Versprechen nicht einlöst. Redner geht eingehend auf die Arbeiterversicherung ein und wird im Laufe seiner Rede wiederholt vom Vizepräsidenten Spahn zur Sache gerufen. (Unruhe links. Rufe: Unerhört!) Den Witwen und Waisen sind, wenn auch nur kleine Renten in Aussicht gestellt worden, ohne besondere Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber, lediglich auf Grund des Nettozolltarifes in der Einfuhr von Roggen, Weizen, Rindvieh, Schafe usw. Wir lehnen die Vorlage ab. Wir verlangen, daß endlich einmal der Anfang gemacht werde und daß dem Volke in Pfennigen bewiesen wird, welchen inneren Wert die Witwen- und Waisenversicherung hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Schulz**-Bromberg (Rpt.): Ich habe die Zustimmung meiner Freunde zu der Vorlage zu erklären. Uns liegt an der baldigen Verabschiedung derselben und jeder arbeite da mit. (Beifall.)

Abg. **Trimborn** (Ztr.): Die Vorwürfe des Abg. Molkenbuhr muß ich entschieden zurückweisen. Er hat dieselbe Rede schon im März 1909 gehalten. Ich will nur feststellen, daß meine Freunde und speziell ich die Verdienste des Freiherrn v. Stumm und seine Priorität in dieser Sache stets anerkannt haben. Wir haben ihm immer neidlos die Ehre gelassen. Das Zentrum hat aber zunächst eine praktische gesetzliche Grundlage für seine Gedanken geschaffen. Entschieden muß ich die Insinuation zurückweisen, daß wir den Antrag nur eingebracht hätten in der Hoffnung, daß er abgelehnt werden würde. Einen Widerspruch kann man uns in unserer Haltung nicht vorwerfen. Unsere ursprünglichen Absichten haben wir nicht ausführen können; infolgedessen hat der § 15 des Zolltarifgesetzes eine neue Gestaltung bekommen. Aber das ist das Schicksal aller parlamentarischen Anträge.

Abg. **Mugdan** (Forschr. Vp.): Meine Vorwürfe gegen das Zentrum waren also berechtigt.

Geh. Rat **Dombois**: Die Gelder haben wir der Reichsschuldenkommission überwiesen und zugunsten der Witwen- und Waisenversicherung angelegt.

Abg. **Kulerski** (Pole): Wir sind gegen die Vorlage.

Abg. **Trimborn** (Ztr.): Ich habe nur deshalb nicht einen so weitgehenden Antrag gestellt, wie der Abg. Freiherr von Stumm, weil wir überzeugt waren, daß auf einer breiteren Grundlage nichts erreicht wurde. (Widerspruch links.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. **Molkenbuhr** (Soz.) und **Behrens** (Wirtsch. Vgg.) wird die erste Lesung beendet.

Es folgt sofort die zweite Lesung.

Hierzu liegt der Antrag der Freisinnigen vor, die Hinausschiebung der Inkrafttretung des Gesetzes bis zum 1. Okt. 1911 anstatt 1. Januar 1912 zu beschließen.

Abg. **Mugdan** (Forschr. Vp.): Der Vorwurf, der Reichsgesetzgeber selber Schuld daran, wenn die Reichsversicherungsordnung nicht zustande komme, trifft nicht zu. Es ist nicht klug, die Bevölkerung in den Glauben zu versetzen, als ob die Reichsversicherungsordnung glatt durchgehen werde, die Hinterbliebenenversicherung hingegen kann jederzeit in Kraft treten. Ich bitte unseren Antrag anzunehmen.

Abg. **Becker**-Arnsberg (Ztr.): Es ist mir unerfindlich wie ein Mitglied der Kommission für die Reichsversicherungsordnung, das von der sozialen Gesetzgebung nicht etwas kennt, einen solchen Vorschlag machen kann, diesen Paragraphen aus der Vorlage herauszunehmen und gesondert zum Gesetz zu erheben. Auch ist es unmöglich, ein solches Gesetz zum 1. April in Kraft zu setzen. Es bedarf einer ganzen Anzahl von Vorarbeiten, bis die Versicherungsträger das Gesetz zur Ausführung bringen können.

Staatssekretär **Delbrück**: Das Gesetz schon am 1. Okt. 1911 in Kraft treten zu lassen, ist nicht denkbar. Wenn Dr. Mugdan annimmt, die Regierung werde die Reliktenversorgung als besonderes Gesetz annehmen, so irrt er sich.

Abg. Dr. **Mugdan** (Fortschr. Vp.): Hier haben wir ein Schulbeispiel für die Abhängigkeit der Regierung von einzelnen Parteien.

Staatssekretär **Delbrück**: Ich protestiere dagegen, daß die Regierung Schuld sei an den augenblicklichen Schwierigkeiten der Reichsversicherungsordnung. Eine Verständigung über die 1700 Paragraphen war naturgemäß nicht möglich.

Abg. **Becker**-Arnsberg (Ztr.): Ich konstatiere nur, daß die Regelung der Arztfrage, wie sie jetzt getroffen ist, einem Vorschlage vom vergangenen Sommer entspricht, dem der Abg Dr. Mugdan nicht beigetreten ist. (Heiterkeit).

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. **Dove** (Fortschrittliche Vpt.) wird der Antrag Mugdan gegen die Stimmen der Fortschrittlichen Volkspartei, der Sozialdemokraten und der Polen abgelehnt.

Der § 2 wird sodann ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der

2. Lesung des Etats des Reichsamts des Innern

(Absatz von Kalisalzen). Hierzu liegt eine Resolution der Sozialdemokraten vor, in der die Abänderung des Kaligesetzes gefordert wird, dahingehend, daß die Erträgnisse desselben für sozial-politische Zwecke in den Etat eingestellt werden.

Abg. **Speck** (Ztr.): Wenn man aus der langen Dauer der Verhandlungen in der Budgetkommission auf sachliche Meinungsverschiedenheiten schließen wollte, so würde man fehl gehen. Die Kommission war einig darin, daß der Etat, so wie ihn die Regierung vorlegte, nicht annehmbar sei, und daß die Ziffern jedenfalls der Abänderung bedürften. Neben dieser Gestaltung des Etats, die dem Budgetrechte des Reichstages zu wenig Rechnung trug, lag der Grund für die lange Aussprache darin, daß die verbündeten Regierung den schon bei der Beratung des Kaligesetzes zutage getretenen Wünschen allzuwenig nachgekommen sind, es insbesondere unterlassen haben, rechtzeitig Ausführungsbestimmungen zu dieser

---

31)

Der Baumeister.

„Und deshalb hast du ihn . . ."

Scheffler blickte den Mann an, der da vor ihm stand und in seinen Fingern den Griff des Dolches spielen ließ, mit dem er soeben einen Menschen getötet hatte.

Nicht wie ein Mensch, wie ein Teufel erschien ihm dieser Mann, hinter dessen Stirn überhaupt nichts von dem leben konnte, was man menschliche Empfindung nennt.

Und mit einem solchen Manne wollte er paktieren!

Ein Grauen schüttelte diesen gefühllosen, brutalen Kerl.

„Pfui Deubel", sagte er und spie auf den Boden, „das ist aber stark."

Dann drehte er sich kurz um: „Ich danke, ich mache nicht mit. Mahlzeit!"

„Mahlzeit, Mahlzeit!" sagte Cortese fröhlich und winkte mit der Hand. „Ich wette, du bist in fünf Minuten wieder hier, wenn du dir die Sache in Ruhe überlegt hast."

„Du wirst dich irren."

„Aber du kannst ja gar nicht anders. Du bist ja doch kein Dummkopf. Glaubst du vielleicht, daß der Mann davon wieder lebendig wird, wenn du auf das Geschäft verzichtest? Was kannst du denn tun? Mich die Arbeit allein machen lassen? Oder auf die Polizei gehen und den Fall melden? Du weißt ja wohl, was ich dann inzwischen tun würde. Nicht mal die tausend Mark für die Entdeckung des Mörders bekämst du. Im einen wie im anderen Falle könntest du bis zu deiner Todesstunde mit dem Ärger auf der Welt herumlaufen, daß du auf eine lebenslängliche Rente verzichtet hast. Aber vielleicht hilft dir darüber das stolze Bewußtsein hinweg, daß du der Polizei einen Dienst erwiesen hast, die dich doch das nächstemal, wenn sie dich kriegt, einsperrt."

Scheffler war stehen geblieben.

„Lebenslängliche Rente? Wovon willst du die denn bezahlen?"

„Der junge Mann hier hat eine reiche Braut gehabt, die werde ich jetzt heiraten." — „Wenn sie dich nimmt."

„Du kannst dich darauf verlassen, daß sie es tut. Du weißt doch, daß ich durchsetze, was ich mir vorgenommen habe."

„Das ist mir zu unsicher. Wenn die Sache schief geht, dann habe ich das Nachsehen. Du kannst doch keine Garantien bieten."

„Mein Gott! Und eine solche Ansammlung von Beschränktheit macht nun auf den Ehrentitel „Verbrecher" Anspruch. Hast du denn nicht schon ganz andere Dinge unternommen, die gefährlicher und aussichtsloser waren, und die, wenn sie glückten, höchstens einige hundert Mark trugen? Und hier bietet sich dir die Aussicht, für ein- bis zweistündige Tätigkeit eventuell Tausende zu verdienen, und da kannst du, selbst wenn die Aussicht noch viel unsicherer wäre, als sie wirklich ist, noch überlegen, ob du wirklich einwilligen sollst?"

„Sollte man nicht an dem Verstand der Menschheit verzweifeln, wenn man das sieht? Und das sind nun die Leute, die sich für klüger halten als die ganze übrige Menschheit. Hanswürste seid ihr allesamt! Wirklich, man muß sich dieser Kollegenschaft schämen. Geh deiner Wege! Geh auf schwere Einbrüche aus und brech dir selbst den Hals dabei! Ich werde mit meiner Arbeit auch ohne dich fertig.

Aber das schwöre ich dir: nicht einen Pfennig sollst du bekommen, ob du mich nun verrätst oder nicht; nicht einen Pfennig, so wahr ich Cortese heiße!"

Scheffler fühlte sich plötzlich so klein neben diesem Menschen, er wagte gar nicht mehr, sich mit ihm zu messen. Turmhoch schien er über allem zu schweben und so unverletzlich zu sein, daß er ebensogut mit einem unsichtbaren Geist hätte kämpfen können als mit ihm. Ließ man sich erst mit ihm ein, so war man in seiner Gewalt, man mochte wollen oder nicht.

„Ich kann dir ja auch helfen," brummte er plump und ungeschickt.

In Corteses Augen kam der Schein eines triumphierenden Lächelns. „Ich hab es mir überlegt: du wirst mir gar nicht helfen können. Mir kann nur einer helfen, der viel Gehirn hat und der klug genug ist, mir zu sagen, wie man die Sache ohne Gefahr der Entdeckung durchführen kann."

„Man wird irgendwo ein Loch graben müssen, wo man ihn verscharrt."

„Vielleicht, Schlaukopf, sogar wahrscheinlich. Aber wie kann es unbemerkt geschehen und wo bin ich sicher davor, daß die Leiche bei späteren Nachforschungen, die unzweifelhaft stattfinden werden, nicht gefunden wird?"

„Wie wäre es hier unten im Keller? Da sind wir doch gewiß unbemerkt." „Ich werde mich hüten. Das ist doch die allererste Stelle, wo die Polizei nachsuchen wird, besonders, wenn sie erfährt, daß er hierhergegangen ist."

„Na, dann vielleicht draußen auf dem Feld. Da kann er lange liegen, bis ihn jemand entdeckt."

„Aber der Zufall kann wollen, daß er morgen entdeckt wird. Nein, mein Freund, ich mache gründlichere Arbeit. Außerdem: da draußen zu arbeiten ist mir viel zu gefährlich."

„Aber hier kommt doch höchst selten ein Mensch vorbei. Außerdem ist es ja herte auch ziemlich dunkel. Eine einsamere Stelle wirst du wohl in ganz Berlin nicht finden."

„Da siehst du nun, was ihr Verbrecher für Esel seid! Ihr verwischt eure Taten in der Einsamkeit, und da fühlt ihr euch sicher. Aber ihr wißt nicht, daß ihr euch da am leichtesten den Hals brecht. In der Einsamkeit fällt doch jede Kleinigkeit auf. Ein einziger Mensch braucht doch nur von ungefähr dazu zu kommen und wir sind verraten. Gewiß ist es dunkel, aber dafür kann ich selber ja auch nicht sehen, ob nicht irgendein Unberufener in der Nähe ist. Keine Minute kann man wissen, ob man unbeobachtet ist, ob da nicht durch einen Zufall ein paar Augen in der Nähe sind, die alles sehen.

Nein, siehst du, garantiert unbeobachtet ist man nur in der vollsten Öffentlichkeit und darum . . ." Er sprach nicht weiter. Schon die ganze Zeit über war er mit einem Gedanken beschäftigt gewesen, der ihn aber allmählich, je mehr er ihn erwog, durch seine Kühnheit und Originalität zu reizen anfing. Der Gedanke ergriff Besitz von ihm, er fesselte ihn immer stärker durch die Abenteuerlichkeit, die gleichwohl den reellen Kern der Ausführbarkeit in sich trug.

Plötzlich mußte er herzlich auflachen. „Höre, Scheffler," sagte er lebhaft, „du könntest mir wirklich helfen; ich brauche dich sogar sehr nötig . . . doch nein —" unterbrach er sich traurig, „es geht doch nicht. Unser beider Kräfte reichen nicht aus dazu . . . zwei Mann . . . nein, es wäre ein Wahnsinn, es geht wirklich nicht. Schade, schade, Dominik, es wäre schön gewesen."

„Wenn du Leute haben willst, so kann ich dir welche verschaffen. Hier direkt am Prager Platz ist nämlich eine Destille, in der ich Stammgast bin. Da kommen jeden Abend zwei Freunde von mir hin, mit denen ich Skat spiele. Es sind ein paar ganz gewiegte Jungens, und wenn du was springen läßt, verstehen sie auch zu schweigen. Ich habe schon manchen Zug mit ihnen gemacht."

Cortese ging erregt auf ihn zu. „Dominik, Herzensjunge, wenn du mir die besorgen könntest! Wir würden ein Ding drehen, das in der ganzen Welt einzig dastehen sollte. Mensch, weißt du denn, wozu du geboren bist! Kannst du es denn ermessen, was es heißt, daß du dabei sein darfst, wenn der Cortese einen Spaß macht, über den die ganze Welt Kopf stehen würde, wenn sie es erführe! Ach, sie darf es nicht erfahren. Leider nicht!

Lieber Dominik, die Gesetze haben keinen Humor, denn sonst würden sie einem Manne wir mir, ohne weiteres Straffreiheit gewähren. Dominik! Mensch! Vieh! Trottel! Kannst du denn begreifen, wie groß das ist, was ich vorhabe! Fühlst du denn nicht, wie glücklich und stolz ich bin, daß mir das eingefallen ist? Ach, ich könnte jetzt soviel schlechten Geschmack entwickeln, dich an mein Herz zu drücken, so glücklich, so vergnügt bin ich! Nur gelingen soll es, nur gelingen! Nachher kann meinetwegen alles herauskommen! Nachher mögen sie mich peitschen, steinigen, bei lebendigem Leibe pfundweise auswiegen, wenn sie wollen; alles will ich vergnügt auf mich nehmen. Nur meinen Plan sollen sie mir jetzt nicht stören, nur meinen Plan sollen sie mich vollenden lassen! Das ist das einzige, was ich noch von diesem Leben verlange."

Nachdem er seiner Freude genügenden Ausdruck gegeben hatte, begann er sachlich mit Dominik zu verhandeln. Er fragte ihn zunächst über seine abendlichen Gepflogenheiten aus. Als er alles wußte, was ihm nötig schien, ließ er sich zunächst einen von den Arbeitsanzügen bringen, die die Bauarbeiter auf dem Bau zurückzulassen pflegten.

Den zog er an. Dann befahl er Scheffler, einen großen Sack herbeizuschaffen. Inzwischen nahm er der Leiche sämtliche Gegenstände aus den Taschen, durch die man sie hätte rekognoszieren können.

Scheffler brachte den Sack und der Tote wurde mit vieler Mühe und einigen Knochenbrüchen hineingestopft. Hierauf wurde der Sack mit Schutt und Sand derart ausgefüllt, daß er von außen einem großen Sack voll Sand glich. Diesen Sandsack nun schleppten sie mit vereinigten Kräften hinaus und luden ihn auf einen der Handkarren, die draußen standen. Nachdem diese wichtigsten Vorbereitungen getroffen waren, wurde Scheffler eingehend instruiert.

(Fortsetzung folgt.)

Frage zu erlassen, wie im Interesse des ganzen Kalihandels notwendig gewesen wäre.

Aus der Überkontingents-Abgabe sind für 1911 keine Einnahmen vorgesehen. Ich habe dies bereits nach der ersten Etatslesung beanstandet und um Aufklärung gebeten. Es ist uns allerdings eine solche Aufklärung gegeben worden; aber es war an sich auffallend, daß es eines wiederholten Drängens erst bedurfte. Am 7. März stellte ich die Anfrage, und erst am 17. März, nach dem sie von anderen Rednern wiederholt worden war, erfolgte ihre Beantwortung, und diese genügte nicht vollständig. Die Frage der Erhebung der Überkontingents-Abgabe betrieben im wesentlichen die Kaliwerke und die Reichskasse. Ich kann mich daher mit Rücksicht auf die uns gegebenen Erklärungen des Auswärtigen Amts, soweit Amerika in Frage kommt, weiterer Ausführungen enthalten, was auch wegen der schwebenden Verhandlungen wünschenswert erscheint. Im Februar hätte die Abgabe an die Steuerkasse abgeführt werden müssen. Die Gelder sollen nun bei einer Bank deponiert sein. Das ist ungewöhnlich; denn es handelt sich um Beträge von 4 bis 5 Millionen. Die Kaliinteressenten haben selbst den Wunsch ausgesprochen, daß diese Überkontingents-Abgabe endlich eingehoben werden möchte. Ob nun auf Grund des Paragraphen 27 4,8 oder 6 Millionen eingesetzt werden, ist an sich gleich, weil der Betrag zur Förderung der Abgaben des Kalisalzes verwendet werden soll. Es ist aber eine größere Spezialisierung der Ausgaben notwendig. Wir haben uns in der Kommission bemüht, eine solche zu finden. Das Wort „Propaganda" hat ja einen lebhaft unangenehmen Beigeschmack, zumal man dem Syndikat eine skrupellose Propaganda vorgeworfen hat. Eine Propaganda hat ja vor allem den Zweck, Aufklärung zu schaffen. Deshalb hat unsere Landwirtschaft ein Interesse daran, daß die Propaganda im Inlande fortgeführt wird.

Der sozialdemokratische Antrag macht eine inländische und eine ausländische Propaganda vollständig unmöglich; denn er will die Einnahmen für soziale Zwecke verwertet wissen. Man kann doch nicht in dieser Weise tabula rasa machen. Ich selber hatte beantragt, einen Teil der Einnahmen für die Reichskasse nutzbar zu machen; aber ich wollte den anderen Teil für Propagandazwecke verwenden. Eine Änderung des Kaligesetzes wäre in diesem Augenblicke bedenklich. Aber auch aus dem Grunde erscheint der Antrag nicht akzeptabel, weil er eine Zweckssteuer einführen will, wie wir sie im Reiche bisher nicht haben, und wie sie auch in dem Antrage gar nicht umschrieben ist, also sachtechnisch und finanztechnisch ist der Antrag unbrauchbar.

Gegen die 500 00 Mark, welche die Kommission unter dem neuen Titel I ausgeworfen hat, ist in der Kommission von keiner Seite ein Einspruch erhoben worden. Der Titel legt die Propagandakosten fest, und zwar zunächst im Inlande. Wir haben landwirtschaftliche Organisationen, welche sich direkt mit dem Kaligesetze befassen, und auch solche, welche dafür tätig sind, ohne selbst Kali zu beziehen, so die Landwirtschaftskammern. Auch diese werden hier mit einbegriffen sein. Natürlich nur dann können sie in den Bezug von Propagandageldern treten, wenn sie über die Verwendung der Gelder Rechnung legen. Die Kommission will hier das Nähere durch den Bundesrat festsetzen lassen. Alle Organisationen müssen unter diesen beiden Gesichtspunkten berücksichtigt werden. Die einzelnen Kulturen in dem Etat aufzuführen, hat die Kommission für überflüssig erachtet. Die Frage der Verteilung der Propagandagelder ist in der Kommission eingehend erörtert worden, ob es durch Vermittelung des Syndikats oder direkt an die einzelnen landwirtschaftlichen Korporationen geschehen soll. Die Kommission will das Syndikat ausschließen, nachdem in der Kommission erklärt worden ist, der Reichskanzler sei bereit, diese Verteilung an alle Korporationen direkt zu übernehmen. Der Vorteil davon wird der sein, daß die kleinen Verbände aus ihrem Abhängigkeitsverhältnis von den großen losgelöst werden. Die Übermacht der großen Verbände muß in dieser Beziehung gebrochen werden. Ein direktes finanzielles Interesse des einzelnen Bauern kommt gar nicht ins Spiel; aber auf dem Spiele steht die Existenz der kleineren Bauernvereine.

Die Verdächtigung, daß das Zentrum den Konservativen zuliebe die Interessen der Bauern verraten habe, muß ich entschieden zurückweisen. 600 000 Mark müssen nach unseren Beschlüssen den landwirtschaftlichen Korporationen zugute kommen. Diese Summe wird allseitig als ausreichend erachtet. Wenn nur die Interessen der Bauern überall so gut aufgehoben wären, als bei uns im Zentrum! Die Rabatte werden vom Kalisyndikat an die Abnehmer überwiesen. Die Propagandagelder werden aber vom Reiche an die Verbände überwiesen. Die Zweckbestimmung ist also ganz verschieden. Der Vertrag zwischen dem Kalisyndikat und der Bezugsgesellschaft enthält eine Staffel für den Bezug von über 500 000 Zentner. Das ist eine offensichtliche Begünstigung der großen Vereinigungen zugunsten der kleinen. Die Folge davon ist, daß man die mittleren und kleineren Organisationen zwingt, den großen Verbänden beizutreten, wenn sie zu dem hohen Rabatt überhaupt kommen wollen. Dieser Zustand muß sobald wie möglich beseitigt werden; denn ein solcher Zwang zum Beitritte einer Bezugs-Gesellschaft ist durchaus verwerflich und ganz unmoralisch. Die Ausführungsbestimmungen müssen bedeutend geändert werden. Mit der Tendenz des Antrages Ablaß bin ich deshalb einverstanden und empfehle seine Annahme.

Für die Propaganda in den Schutzgebieten sind 100 000 Mark ausgesetzt. Sie werden wohl für das erste Jahr ausreichen. Die Kolonialverwaltung würde die beste Garantie für eine sachgemäße und richtige Verwendung der Summe erhalten. Für die ausländische Propaganda hat die Kommission zwei Millionen ausgeworfen. Ich halte diese Summe eher für zu hoch, als für zu niedrig. Das Syndikat hat 1908 1,5 Millionen verwandt. Zwei Millionen würden also dem Bedürfnisse vollkommen genügen. Wollten wir eine höhere Summe einsetzen, so würde das höchstens zu einer Verschleuderung führen. Aber für die ganze Propaganda hat die Kommission mehr eingesetzt, als von den Sachverständigen für notwendig gehalten worden ist. Ich habe in der Kommission den Wunsch geäußert, auch den einzelnen Bundesstaaten eine Summe auszuwerfen, habe aber damit auch bei den einzelnen Regierungen keine Gegenliebe gefunden. Ich verzichte darauf, im Plenum nochmals einen solchen Antrag einzubringen.

In der Ausdehnung der Propagandagelder auf die Probenehmer finde ich einen Fortschritt. 100 000 Mark werden dafür vor der Hand ausreichen. Die Empfängerproben müssen unter allen Umständen beibehalten werden. Sie bieten eine Sicherheit für den Abnehmer und die beste Propaganda für den Kaliabsatz. Wen aber die Probe zu Ungunsten ausfällt, so sehe ich nicht ein, warum das Werk von den Kosten der Unternehmer entlastet werden soll. Der Empfänger darf unter keinen Umständen für die Untersuchungen was bezahlen. Dem Abg. Erzberger sind in dieser Frage Worte in den Mund gelegt worden, die er nicht gesagt hat. Der Abg. Erzberger hat sich vollständig so ausgedrückt, wie ich es eben getan habe. Der Beitrag zu den Kosten der Untersuchung für die Empfängerproben ist auf 700 000 Mark festgesetzt. Diese Summe erscheint mir etwas zu hoch. Die Vorschriften über die Entnahme der Proben sind sehr kompliziert. Es werden dem kleinen Manne zu hohe Kosten verursacht. Außerdem ist es lästig, daß die Proben unter Zuziehung eines Beamten genommen werden müssen. Die Probeentnahme muß möglichst vereinfacht und erleichtert werden. Die Aufstellung eines Reservefonds im Etat ist daher etwas auffällig; es handelt sich aber hier um einen bestimmten Zweck: um die Förderung des Kaliabsatzes. Bedenklich könnte die Reform nur sein, wenn das Gesetz abgeändert werden sollte. An eine solche Änderung ist aber nach dem halbjährigen Bestehen des Gesetzes nicht zu denken. Die Schaffung eines Fonds ist unbedingt notwendig für den Fall, daß der Etatsansatz überschritten wird. Es können nicht nur 6 Millionen, sondern sogar 6½ Millionen eingehen. Wir werden aber voraussichtlich mit einer erheblichen Mehreinnahme zu rechnen haben, da die Kaliproduktion ungewöhnlich gestiegen ist.

In der Budgetkommission hat es eine lange Debatte über den Bund der Landwirte gegeben. Es liegt ja auch ein Antrag vor, die politischen Organisationen von dem Empfange der Propagandagelder auszuschließen. Damit wird die Sache aber mit etwas verquickt, was mit ihr nicht verbunden ist. Die Propagandagelder werden an alle landwirtschaftlichen Korporationen gegeben, die sich mit der wissenschaftlichen Untersuchung usw. befassen. Die politische Seite in die Frage zu ziehen, ist höchst bedenklich. Wer soll denn entscheiden, ob eine landwirtschaftliche Korporation politisch ist oder nicht, die Landesbehörde oder der Reichskanzler? In Preußen würde vielleicht der Bund der Landwirte für eine politische Organisation angesehen werden, in Bayern als nichtpolitisch, und eine Entscheidung durch den Reichskanzler würde uns Bayern durchaus nicht recht sein. Der Streit über den Bund der Landwirte wird ja wohl hier fortgesetzt werden. Ich halte den Bund der Landwirte für eine wirtschaftlich politische, aber nicht für eine parteipolitische Organisation. Es gehören ihm ja auch Mitglieder des Zentrums und andere Parteien an. Und wie steht es denn mit dem Hansabund? Der ist doch als Gegengewicht gegen den Bund der Landwirte gegründet worden. Und erklärt man den Bund der Landwirte für eine politische Organisation, so muß man auch den Hansabund als eine solche ansehen. Ob der Hansabund Parteipolitik treibt, will ich nicht weiter untersuchen. (Heiterkeit). Im übrigen handelt es sich ja bei der Regelung der Propagandagelder nur um ein Provisorium. Es ist aber wichtig, daß schon im Etat für 1911 der Reichstag sich sein Budgetrecht nicht schmälern läßt und auf eine Spezialisierung sieht. Wenn die Entwickelung 10 Jahre so weiter geht, werden wir uns der Erwägung nicht verschließen können, ob wir unsere nationalen Schätze weiter so an das Ausland abgeben dürfen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich werde mit meinen politischen Freunden, ebenso wie in der Kommission, so auch jetzt für die dort gefaßten Beschlüsse stimmen. (Beifall im Zentrum.)

Unterstaatssekretär Dr. **Richter:** Die Langatmigkeit der Kommissionsberatung hätte sich nach Ansicht des Vorredners erübrigt, wenn die Regierung die Forderungen des Etats spezialisiert hätte. Die Vorwürfe sind unberechtigt. Die Regierung befindet sich auf einer terra in cognita. Daß die Spezialisierung sehr schwierig ist, hat sich aus der Kommissionsberatung ergeben. Ausführungsbestimmungen sind inzwischen erlassen worden. Der Bundesrat hat sich bereit erklärt, den Abnehmern in dieser Beziehung mehr als bisher entgegenzukommen. (Beifall im Zentrum.) Mit der Erhebung der Überkontingentsabgaben für dieses Jahr müssen wird warten, bis die Kaligesellschaften ihre Abrechnungen vollzogen haben. Die Frage der Propagandagelder ist vom Abgeordneten Speck richtig aufgestellt worden.

Abg. **Hue** (Soz.): Es ist schwierig, nach drei Vierteljahren die Wirkung des Gesetzes zu übersehen, und deshalb sehen wir auch von weiteren Anträgen ab. Ein großer Wurf ist das Kaligesetz nicht, weil zu viel Interessen dabei mitspielen. Immerhin ist es von besonderer Tragweite, weil es einen Fingerzeig gibt für unsere künftige wirtschaftliche Gesetzgebung, die sich nach unserer Überzeugung in anderen Bahnen abspielen muß, als es bisher der Fall war. Schon vor Erlaß des Gesetzes haben 212 Kaliwerke bestanden. Nach Erlaß des Gesetzes sind nicht weniger als 30 Werke hinzugetreten. Dem Syndikate angeschlossen sind nur 73. Damit will ich feststellen, wie die spekulative Grünerwirtschaft durch das Kaligesetz neu belebt worden ist, und die Rentabilität, selbst die der schlechteren Werke, hat sich nach dem Kaligesetze außerordentlich gehoben. Es handelt sich bei dem Kali um ein nationales Vermögen von unermeßlichem Werte, das nicht einzelnen Kapitalisten, sondern dem ganzen Reiche und somit der Allgemeinheit zugute kommen sollte. Das Zentrum lebt in der Furcht, die Gewerkschaften könnten zu begehrlich werden. Das Verhalten des Abg. Dr. Heim in der Kommission ist erklärlich, denn er ist am Kaligesetze interessiert. (Abg. Dr. Heim ruft: Das ist eine Lüge!) Er suchte ein Mandat zu erlangen wegen persönlicher Vorteile. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Zentrumsabgeordneter mit einem polnischen Mandat ist jedenfalls eine eigenartige Erscheinung. Eine klare Auskunft über die Verteilung der Gelder ist von der Regierung nicht gegeben worden. (Hört, hört!) Die Propagandakosten sind allmählich an dieselben landwirtschaftlichen Organisationen verteilt worden, die vorher die Provisionen eingesteckt haben. Die bäuerlichen Vereine und vor allem der Deutsche Bauernbund, sind leer ausgegangen. Diese parteiliche Verteilung ist jedenfalls höchst eigenartig. Der Verwaltungsnachweis über die Propagandagelder wird von der Regierung nicht einmal durchweg verlangt. Daß der Bund der Landwirte eine politische Organisation ist, steht außer Zweifel. Er stellt ja eigene Mandate auf. Auch Dr. Roesicke bezeichnet sich als wild-konservativ und Bund der Landwirte. Mit den gleichen Augen muß die Regierung unsere Jugendorganisationen und die Gewerkschaften ansehen. Wir stimmen dem Antrage der Freisinnigen zu. Unsere Resolution auf Verwendung der Überschüsse zu sozialpolitischen Zwecken sollte angenommen werden, da es wichtiger ist, den notleidenden Zündholz- und Tabakarbeitern die Überschüsse zukommen zu lassen, als den landwirtschaftlichen Organisationen und den Unternehmern. Auf andere Weise läßt sich dieser Schmiergelder- und Korruptionsfonds nicht aus der Welt schaffen. Redner geht sodann auf die Arbeiterverhältnisse in den Kalibergwerken ein und schließt: Die Kalischätze gehören der Nation, und sie zu erhalten ist unsere Pflicht als Volksvertreter. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär **Richter:** Wenn die Verteilung der Propagandagelder vom Bundesrate erfolgt, so werden alle Organisationen bedacht werden. Für 1911 wird die Verteilung der Fonds erst bestimmt werden. Bisher sind hiervon noch keine Gelder zur Verteilung gelangt. Es ist schwierig, politische Vereine von wirtschaftlichen zu unterscheiden. Das Beispiel der Jugendorganisationen und der Gewerkschaften beweist dies.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr. Außerdem dritte Lesung der lex Trimborn; Kolonialetat.

Schluß 6½ Uhr.

Zu den Wahlvorbereitungen des Zentrums.

In Berlin tagte am Sonntag, den 19. März, im Gebäude des preußischen Abgeordnetenhauses der Landesausschuß der preußischen Zentrumspartei, der fast vollzählig erschienen war. Die Beratungen, welche unter der Leitung des Vorsitzenden, Geheimrats Dr. Porsch, stattfanden, dauerten von 2½ bis 8 Uhr abends. Sie betrafen zunächst Organisationsfragen. Dann wurden die augenblicklich schwebenden Fragen behandelt und die Haltung der Zentrumspartei bei den kommenden Reichstagswahlen besprochen. Es ist festzustellen, daß die Verhandlungen in bestem Einvernehmen aller Beteiligten geführt wurden und volle Einmütigkeit in allen Dingen erzielt wurde.

An diese Sitzung schloß sich am Montag, den 20. März, die Generalversammlung des Augustinusvereins an, an welcher, aller Übung entsprechend, zahlreiche Mitglieder der Zentrumsfraktion im Reichstage und im preußischen Abgeordnetenhause, auch zahlreiche hervorragende Gäste teilnahmen, welche die Festfeier des vierzigjährigen Bestehens der beiden Zentrumsfraktionen nach Berlin geführt hatte. Im ganzen waren rund 400 Teilnehmer anwesend. Unter ihnen befanden sich Mitglieder der Zentrumsfraktionen im bayerischen, württembergischen und badischen Abgeordnetenhause. Die Verhandlungen fanden statt unter dem Vorsitze des stellvertretenden Vorsitzenden des Augustinusvereins, Verleger Lensing (Dortmund), und dauerten von 10 bis 1,30 Uhr. Auch hier wurde volle Einmütigkeit erzielt. Der Schwerpunkt der Verhandlungen lag in der Besprechung der bevorstehenden Reichstagswahlen und der bei ihnen zu beobachtenden Haltung der Zentrumspartei und Zentrumspresse. Gewiß liegen die Verhältnisse in den verschiedenen Gegenden des Reiches für die Zentrumspartei in manchen Punkten verschieden, und insbesondere bei der bevorstehenden Wahl werden sich nicht alle Fragen nach demselben Schema beantworten lassen. Immerhin läßt sich die allgemeine Stimmung in folgende Sätze zusammenfassen:

Die Zentrumspartei wird den bevorstehenden Wahlkampf voraussichtlich allein zu führen haben. Diese Lage kann uns nicht schrecken, da sie früher für uns die regelmäßige war. Sie bringt uns den Vorteil völliger Aktionsfreiheit, von der wir umfassenden Gebrauch machen werden. In solcher Lage ist die Zentrumspartei immer am stärksten. Die Aussicht, nach irgend einer Seite für uns fruchtbare Wahlbündnisse zu schließen, ist höchst gering. Wir brauchen daher im allgemeinen auf sie keine Rücksicht zu nehmen.

Die Lage ergibt, daß die Zentrumspartei in allen Wahlkreisen in der Regel eigene Kandidaten aufstellen wird. Die Zentrumspartei wird sich einer veränderten Parteikonstellation gegenüber befinden, insofern sie mit dem jetzt schon weit vorgeschrittenen System des Blocks der Linken zu rechnen haben wird. Diese Änderung verlangt auch eine Änderung der bisherigen Taktik der Zentrumspartei.

Die Zentrumspartei wird in erster Linie den Kampf zu richten haben gegen die Sozialdemokratie und gegen alle, welche diese direkt oder indirekt begünstigen oder befördern. Aus diesem Grunde ist unter den obwaltenden Verhältnissen sorgsam darauf Bedacht zu nehmen, daß falsche Stichwahlen vermieden werden. Es muß vermieden werden, daß der Kandidat der Zentrumspartei in eine Stichwahl kommt, in welcher er nach Lage der Verhältnisse in dem betreffenden Wahlkreise nicht durchdringen kann und bei welcher der Sieg der Linken dadurch herbeigeführt wird, daß eben ein Zentrumskandidat in die Stichwahl gelangt ist.

Unter solchen Verhältnissen wird der Zentrumssache wesentlich dadurch gedient, wenn unter Verzicht auf eine eigene Kandidatur rechtsstehende Kandidaten in die Stichwahl gebracht werden. Gegenüber nationalliberalen Kandidaten kann nur von Fall zu Fall entschieden werden. Es ist nicht mehr angebracht, ohne Unterscheidung der innerhalb der nationalliberalen Partei herrschenden Verschiedenheiten alle Kandidaten dieser Partei als unterstützungswürdige bürgerliche Kandidaten zu betrachten.

Linksliberale Kandidaten sind unter allen Umständen ebenso zu bekämpfen wie sozialdemokratische. Bei Stichwahlen zwischen Linksliberalen und sozialdemokratischen Kandidaten hat die Zentrumspartei Wahlenthaltung zu üben. Nur in Ausnahmefällen kann die Theorie vom kleineren Übel dazu führen, den linksliberalen Kandidaten gegen den sozialdemokratischen zu unterstützen. Von den durch die Zentrumspartei zu unterstützenden Parteien ist unter allen Umständen Gegenleistung zu verlangen und diese nach Möglichkeit zur Geltung zu bringen.

Die einzelnen Wahlkomitees, in Kreisen, wo kritische Entscheidungen zu treffen sind, sollen sich mit der Provinzialleitung in Verbindung halten, damit eine möglichst einheitliche Haltung der Partei ermöglicht wird. Aus demselben Grunde sollen sich die Provinzialleitungen dauernd mit der Zentralleitung in enger Fühlung halten.

Die Presse der Zentrumspartei wurde gebeten, im Sinne dieser Leitsätze schon jetzt die Wahlen eingehend vorzubereiten, damit die Durchführung der gegebenen Wahlpolitik, sobald die Wahlen bevorstehen, von allen Seiten Verständnis findet. In der Versammlung wurde unter anderem gegenüber irreführenden Mitteilungen liberaler Blätter festgestellt, daß der Augustinusverein in seiner jüngsten Vorstandssitzung ein „katholisches Telegraphenbureau" zu gründen nicht beschlossen hat, vielmehr liegt die Sache so, daß ein von schweizerischer Seite ausgehendes Unternehmen unter dem Namen Internationale unabhängige Telegraphen-Agentur (I. U. T. A.) an deutsche Verleger herangetreten ist.

Der neue Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei.

Am Montag, den 20. März, abends 8 Uhr folgte endlich eine Versammlung derjenigen Mitglieder der verschiedenen Landesausschüsse der Zentrumspartei in den einzelnen Bundesstaaten, welche zum Jubiläum der Zentrumsfraktionen in Berlin anwesend waren. In Vertretung des Abg. Frhr. v. Hertling tagte auch diese Versammlung unter dem Vorsitz des Abg. Geheimrat Dr. Porsch, der die Versammlung kurz begrüßte.

Abg. Gröber hatte den Entwurf einer Satzung der deutschen Zentrumspartei ausgearbeitet, welcher, entsprechend den Landesausschüssen in den einzelnen Bundesstaaten, einen Reichsausschuß für die Angelegenheiten der Zentrumspartei schaffen wollte. Dieser Entwurf hatte wegen Kürze der Zeit nur vom Vorstand der Zentrumsfraktion im Reichstag vorberaten werden können. Da alle anwesenden Mitglieder der Landesausschüsse sonach ohne Mandat für die Annahme des Entwurfs waren, konnte es sich nur um die provisorische Annahme des Entwurfs und um die provisorische Bestellung des Reichsausschusses handeln. Dieser provisorische Charakter wurde sowohl von dem Berichterstatter, dem Abg. Gröber, wie auch von dem Vorsitzenden Geheimrat Dr. Porsch, wie endlich von den Abgg. Dr. v. Orterer, Giehrl, Geistl. Rat Wacker und Professor Dr. Spahn scharf betont.

Nach längerer Debatte, bei welcher eine Reihe von Abänderungen für die definitive Gestaltung der Satzung angeregt wurde, kam es zur einstimmigen — aber wie bemerkt, provisorischen — Annahme der vorgeschlagenen Satzung und ebenso zur Wahl des vorläufigen Vorstandes des Reichsausschusses. Dieser soll aus höchstens 15 Mitgliedern bestehen. Die Kooptationsmöglichkeit bis zu dieser Zahl ist vorgesehen. In den provisorischen Vorstand des Reichsausschusses wurden gewählt die Herren: Dr. Frhr. v. Hertling, Dr. Porsch, Dr. Spahn sen., Schädler, Trimborn, Herold, Fehrenbach, Giehrl, Gröber, Bonderscher und Schmitt (Mainz). Ferner soll ein Vertreter für Oldenburg zugezogen werden. Weitere drei Herren können, entsprechend den vorläufig angenommenen Bestimmungen über die Kooptation, kooptirt werden.

Damit wäre nun endlich die deutsche Zentrumspartei als solche konstituiert und der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei geschaffen. Alles das ist gewiß einstweilen nur provisorisch, aber es ist doch zu hoffen, daß das Provisorium bald durch die nachfolgende Zustimmung der berufenen Faktoren in ein Definitivum umgewandelt wird.

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten.

⊡ **Das Befinden der Kaiserin.** Man schreibt uns: In der halbamtlichen Mitteilung über die Teilnahme der Kaiserin an der Fahrt nach Korfu und dem Besuch am Wiener Hof war ausgeführt, daß die Kaiserin trotz ihres angegriffenen Gesundheitszustandes an der Reise teilnehmen werde. Diese Worte haben vielfach Befremden erregt, weil man auf diese Weise angeblich zum erstenmal über einen leidenden Zustand der Kaiserin unterrichtet sei. Wer aber die Hofberichte der vergangenen Monate verfolgt hat, wird wissen, daß die Kaiserin unter der Ungunst der Witterungsverhältnisse des verflossenen Winters mehrfach Influenza-Anfällen ausgesetzt war, die ihr Befinden ungünstig beeinflußt haben. Daß man jedoch von einem Leiden der Kaiserin nicht sprechen kann, beweist die Teilnahme an der Reise nach Korfu und der Besuch beim Kaiser Franz Josef zur Genüge. Immerhin aber läßt das Befinden der Kaiserin den Aufenthalt in dem südlichen Klima Korfus als erwünscht erscheinen.

Berlin, 21. März. Das Kaiserpaar reiste heute früh um 8 Uhr 34 Minuten nach Kiel ab.

Kiel, 21. März. **(Drahtb.)** Der Kaiser und die Kaiserin sind mit Gefolge um 2 Uhr 35 heute nachmittag hier eingetroffen. Am Bahnhofe waren erschienen das Prinzenpaar Heinrich von Preußen, Staatssekretär v. Tirpitz, der Chef der Hochseeflotte, der Stationschef und der Polizeipräsident. Die Kaiserin nahm im Stadtschloß Wohnung, der Kaiser auf der „Deutschland". Das Publikum begrüßte die Majestäten mit lauten Hochrufen. Das Wetter ist kühl.

Aus dem Reichstage.

In der Reichstagskommission für die elsaß-lothringische Verfassungsreform wurde heute die Abstimmung über den § 6, betreffend die Zusammensetzung der Ersten Kammer, vorgenommen. Sämtliche Anträge, soweit sie nicht vor der Abstimmung zurückgezogen waren, wurden abgelehnt. Von der Regierungsvorlage wurde nur der Absatz 1 Ziffer 1 angenommen. Danach würden der Ersten Kammer als Mitglieder angehören die Bischöfe von Straßburg und Metz, der Präsident des Oberkonsistoriums der Kirche Augsburgischer Konfession, der Präsident des Synodalvorstandes der reformierten Kirche und der Präsident des Oberlandesgerichts in Colmar.

Aus dem Landtage.

th. **Nach den Arbeitsdispositionen des Abgeordnetenhauses** soll die zweite Etatslesung am Dienstag abend beendet werden, wenn notwendig, mit Zuhilfenahme von Abendsitzungen. Die dritte Etatslesung soll vom 22. bis 24. d. M. absolviert werden. In den zehn Sitzungen, die daraufhin bis zu den Osterferien stattfinden, soll in erster Lesung beraten werden das Feuerbestattungsgesetz, das Pflichtfortbildungsschulgesetz, die rheinische Landgemeindeordnung, die Wegeordnung für Ostpreußen, der Entwurf über den Ankauf von Fischereiberechtigungen und die Novelle zum Gesetze für die Eisenbahnunternehmungen. Ferner sollen die drei Eingemeindungsvorlagen von Breslau, Stettin und Erfurt und das Ausführungsgesetz zur Reichszuwachssteuer endgültig verabschiedet werden.

Zu den Spionage-Gerüchten.

Hamburg, 21. März. **(Drahtb.)** Die Polizeibehörde erklärt: Zu der Hamburger Spionagesache bringen namentlich auswärtige Blätter fortgesetzt Nachrichten, deren Wertlosigkeit schon aus dem Umstande sich ergibt, daß die mit der Aufklärung befaßten Behörden im Interesse weiterer Ermittelungen strengste Verschwiegenheit beobachten müssen und beobachten. Zu diesen Phantasiegebilden gehört auch die Behauptung, daß der verhaftete Engländer mutmaßlich ein Seeoffizier sei, und die Angaben über den Inhalt der beschlagnahmten Schriftstücke und Zeichnungen, sowie die Notiz, daß ein Berliner Polizeikommissar in Hamburg gewesen ist. Es empfiehlt sich, allen weiteren Kombinationen den Glauben zu versagen, bis die Behörden selbst in der Lage sind, Authentisches mitzuteilen. Zurzeit befinden sich die Akten beim Reichsgericht, das zunächst den Untersuchungsrichter zu bestellen hat.

Weimar, 20. März. Die Großherzogin von Sachsen-Weimar ist gestern abend von einer Prinzessin glücklich entbunden worden. (Durch die Geburt einer Prinzessin ist die Thronfolge in der Familie des jetzigen Großherzogs ungesichert.

Zinten, 21. März. **(Drahtb.)** Bei der Landtagsersatzwahl im Kreise Heiligenbeil (Preußisch-Eylau) fielen sämtliche 261 abgegebene Stimmen auf den Kandidaten der Konservativen und des Bundes der Landwirte von Kalckstein-Rominten.

München, 21. März. **(Drahtb.)** Der Prinzregent richtete ein Handschreiben an den Ministerpräsidenten, worin er dem gesamten Ministerium und den Mitarbeitern der einzelnen Ressorts für die Glückwünsche zum 90. Geburtstage den wärmsten Dank ausspricht. Das Handschreiben schließt: Wenn mir am 12. März aus allen Landesteilen herzliche Liebe und innige Verehrung entgegengeklungen ist, danke ich dies nicht zuletzt den Männern, die mir nach der Verfassung als erste Ratgeber zur Seite stehen, denen gleich mir das Wohl des Vaterlandes oberstes Gesetz ist.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Wien, 21. März. **(Drahtb.)** Die „Neue Freie Presse" meldet: In der Konferenz des Ministerpräsidenten mit den Obmännern der Mehrheitsparteien wurde von deutscher Seite mitgeteilt, daß ein Teil der deutschen Abgeordneten von der seitens der Regierung beanspruchten Anleihe von 75 Mill. nur 50 Mill. Kronen bewilligt wird, während die Bewilligung der restlichen 25 Millionen einem späteren Zeitpunkt vorzubehalten sei. Der Ministerpräsident erwiderte, er betrachte die Angelegenheit als eine politische Frage, und, da die Regierung vor der Situation stehen werde, daß sie von einer Partei, die mit eine Hauptstütze der gegenwärtigen Regierung bilde, im Stiche gelassen würde, müsse er sich die weiteren Entschließungen vorbehalten.

Der deutsche Nationalverband wird heute nachmittag über die definitive Stellungnahme gegenüber der Anleihe beschließen.

England.

London, 21. März. Die gestrige Sitzung des Unterhauses wurde der allgemeinen Aussprache über die Flotte gewidmet. Gegen Ende erklärte der erste Lord der Admiralität, MacKenna, in Erwiderung auf verschiedene Punkte, daß alle nötigen Vorsichtsmaßregeln getroffen würden, um die Seehandelsstraßen zu schützen, und daß die erforderliche Anzahl von Kreuzern schon vorhanden sei. Gegenüber der Behauptung, daß England im Jahre 1914 nur dieselbe Zahl an Riesenschiffen haben würde, wie der Dreibund, erklärte er, daß man verschiedene Faktoren unbeachtet gelassen habe. Selbst wenn man annehme, was er bezweifle, daß der Dreibund im Laufe des Jahres 1914 29 Riesenschiffe hätte, würde doch hoffentlich der große Wert, den England aus der Einheit im Kommando erlange, nicht außer Betracht gelassen werden. Ein zweiter Faktor zugunsten Englands sei, daß es im Jahre 1914 hinter 29 Riesenschiffen noch ein großes Übergewicht an Stärke gegenüber dem Dreibund haben würde. Er liebe es durchaus nicht, in solche Vergleiche einzutreten. England lebe mit allen Mächten auf dem Fuße vollkommenster Freundschaft. Bei solchen Vergleichen könnte der Schein einer Bedrohung nicht vermieden werden.

Das Unterhaus nahm schließlich den vorgesehenen Mannschaftsbestand für die Flotte von 134 000 Mann an, nachdem der Antrag der Radikalen, die Zahl herabzusetzen, mit 233 gegen 21 Stimmen abgelehnt wurde.

Russland.

Petersburg, 21. März. **(Drahtb.)** Wie jetzt verlautet, ist die Ernennung Neratows zum Verweser des Ministers des Äußern nur eine zeitweilige und bezweckt lediglich die Vertretung des erkrankten Ministers während seiner Abwesenheit. Sie steht also mit den Krisengerüchten in keinem Zusammenhang. Bei der Lösung der Krise soll Kokowzew das Ministerium des Innern behalten, so daß also der Ministerpräsident gleichzeitig Finanzminister sein würde. Die Krisis bleibt demnach ausschließlich auf Stolypin beschränkt, der als Minister des Innern ersetzt werden mußte.

Obwohl eine amtliche Bestätigung nicht vorliegt, steht nach durchaus zuverlässigen Privatnachrichten fest, daß Stolypin der Abschied bewilligt wurde und die Ernennung des bisherigen Finanzministers Kokowzew zu seinem Nachfolger bevorsteht.

Petersburg, 21. März. **(Drahtb.)** Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Von der Ermordung des russischen Gesandten in Peking ist bei den russischen Stellen nichts bekannt.

Spanien.

Madrid, 21. März. In der gestrigen Sitzung der Kammer brachte der karlistische Abgeordnete Sazabern eine Anfrage über die Ernennung des Königs von Italien zum Ehrenobersten des Regiments Savoyen ein. Diese Ernennung sei eine wirkliche Beleidigung der Gefühle der spanischen Katholiken; denn sie sei in einem Augenblick erfolgt, in dem Italien den 50. Jahrestag seiner Einigung feiere, durch deren Begründung dem Papste die weltliche Macht entrissen worden sei. In Beantwortung der Anfrage betonte der Ministerpräsident Canalejas, die Einheit Italiens sei eine vollendete Tatsache. Die dem König von Italien, dem Vorbilde eines Monarchen, dargebrachte Huldigung ehre das spanische Volk und das Heer Spaniens. Die spanische Regierung erkenne nur einen Herrscher von Italien an, nämlich Viktor Emanuel, dessen Ernennung zum Ehrenobersten nur ein Tribut der Freundschaft, Hochachtung und Bewunderung sei.

Portugal.

Lissabon, 21. März. **(Drahtb.)** Mehrere Soldaten des 11. Infanterie-Regiments, welche aus Setubal hier eingetroffen sind, wurden unter dem Verdacht verhaftet, daß sie mit den Ausständigen gemeinsame Sache machen wollten. Sämtliche Weber, 10 000 an der Zahl, nahmen die Arbeit wieder auf.

Lissabon, 21. März. **(Drahtb.)** An verschiedenen Punkten der Stadt wurden Straßenbahnwagen angegriffen. Patrouillen der republikanischen Garde durchzogen die Stadt und zwangen die Manifestanten, die Avenida da Libertada in der Vorstadt zu räumen. Als Steine geworfen wurden, zog die Garde blank und zerstreute die Manifestanten. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen. Anhänger des Streikes beteiligten sich an dem Aufstande, doch wird in den meisten Fabriken gearbeitet. Gestern sind infolge des Setzerstreiks keine Abendblätter erschienen. Die Redaktionslokale werden von der republikanischen Garde bewacht.

Aus der Stadt.

Münster, 22. März.

+ **Zum Jubiläum des Zentrums.** An den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstages, Exzellenz v. Herkling, sind gestern mittag folgende Telegramme von Münster aus abgesandt:

Den wackeren Verfechtern der hehren Zentrumssache sendet dankbarst rückblickend auf die verflossenen vier Jahrzehnte und hoffnungsvoll vorwärtsschauend in alter westfälischer Treue und Anhänglichkeit die herzlichsten Glückwünsche

das Zentrumswahlkomitee der Stadt Münster.
Hellraeth, Hüffer, Glasmeier.

Unsern treubewährten und hochverehrten parlamentarischen Vorkämpfern im heiligen Kampfe für Wahrheit, Recht und Freiheit sendet zur Feier des vierzigjährigen Bestehens der beiden Fraktionen den herzlichsten Glückwunsch

der Vorstand des Provinzialausschusses der Westfälischen Zentrumspartei.
Hülskamp, Diekamp, Kerckerink-Borg, Lensing, Robert, Schäfers, Warnecke.

(Die gleichfalls dem Vorstande angehörenden Abgeordneten Bartscher, Graf Galen und Herold sind zurzeit in Berlin.)

Auch der Windthorstbund Münster hat ein Glückwunschtelegramm entsandt.

+ **Der neue Oberpräsident,** Prinz v. Ratibor und Corvey, ist in Münster eingetroffen und im Hotel „Zum König von England" abgestiegen.

= **Generalleutnant Sixt von Armin** der Kommandeur unserer 13. Division ist mit der Führung des IV. Armeekorps in Magdeburg beauftragt. Exzellenz v. Armin ist aus dem 4. Garde-Grenadier-Regimente Königin in Coblenz hervorgegangen. Er erwarb sich im Feldzuge gegen Frankreich das Eiserne Kreu

Kriegsminister niederlegte, wurde Exzell. v. Ermin neben dem jetzigen Kriegsminister von Heeringen als sicherster Anwärter auf den Ministerposten genannt, da er das Ressort des Kriegsministers während dessen Behinderung verschiedentlich vertreten hatte.

⊙ **In der Kunst-Ausstellung des Kunstvereins** im Landesmuseum sind von Prof. Heinrich Wolff außer Radierungen auch Algraphieen ausgestellt. Da hiermit Algraphieen zum ersten Mal in Münster vorgeführt werden, so werden einige technische Erläuterungen nicht unwillkommen sein. Beim Kupferstich werden die Linien mit dem sog. Grabstichel auf einer Kupferplatte ausgehoben; von der eingeschwärzten Platte werden danach die Abzüge durch Druck mit der Presse hergestellt. Bei der Radierung wird die Kupferplatte zunächst mit ganz dünnem Wachs überzogen dann werden mit der sogen. Radiernadel in die Platte Linien und Strichelchen eingeritzt, durch welche die Wachsschicht durchbrochen und das Kupfer wieder freigelegt wird. Die Platte wird nun in eine ätzende Säure getaucht, wobei naturgemäß nur die Linien und Strichelchen getroffen werden während alle andern Teile der Platte durch den Wachsüberzug gegen die Einwirkungen der Säure geschützt bleiben. Dies technisch umständlichere Verfahren gewährt für die eigentliche künstlerische Arbeit eine größere Freiheit und Bewegungsmöglichkeit. Künstler, wie Rembrandt, Klinger usw., können hierbei ihrer überströmenden Gedankenfülle und ihrem Phantasie-Reichtum einen besonders schnellen, leichten und sicheren Ausdruck verleihen. Es lassen sich aber an ganz tadellosen Abdrücken höchstens 20—30 herstellen, da die Platte sich sehr schnell abnutzt. Je mehr Abdrücke gewonnen werden, um so mehr Feinheiten gehen verloren. Die Abdrücke werden immer flauer im Ton und immer wirkungsloser. Um möglichst viele Abdrücke zu gewinnen, greift man daher zu dem Mittel, die Platte zu verstählen und sie somit widerstandsfähig zu machen. Indessen vermag auch dieses Mittel nicht, uns so schöne Abdrücke zu gewähren, wie es die ersten Abdrücke von den unverstählten Platten sind. Jeder gute Sammler und Kunstfreund sucht daher nur erste Abdrücke von der unverstählten Platte zu bekommen. Um das kaufende Publikum hierbei zu sichern signiert der Künstler die ersten Abdrücke mit eigenhändiger Unterschrift. Es ist selbstverständlich, daß diese guten signierten Blätter erheblich teurer sind, als die späteren unsignierten Abdrücke. Wer aber ein solches signiertes Blatt besitzt, hat auch ein wirkliches echtes Kunstwerk, nicht eine beliebige Reproduktion. Die guten Radierungen üben sogar einen ganz besonderen Reiz aus, weil sie ganz frische unmittelbare Äußerungen eines Künstlers darstellen. Das Gleiche gilt nun auch für die Algraphieen, nur daß hierbei eine Aluminiumplatte anstatt der präparierten Kupferplatte verwendet wird. Aluminium bietet den Vorteil, daß es ein sehr geringes Gewicht hat. Der Künstler kann daher Aluminiumplatten mit sich auf seine Studienwanderungen nehmen, und auf ihnen direkt Natureindrücke zeichnerisch wiedergeben. Heinrich Wolff hat sowohl von Radierungen als von Algraphieen Qualitätsdrucke allerersten Ranges ausgestellt. Er zeigt sich hier durchweg als feiner vornehmer Künstler, der technisch eine außerordentliche Vollkommenheit erlangt hat. Auch die Radierungen, die Heinrich Vogler und Karl Plückebaum ausgestellt haben, sind fast durchweg signierte Qualitätsdrucke. Wir machen unsere Leser um so lieber auf diese Arbeiten aufmerksam, weil etwaige Käufe unentgeltlich vom Vereinsvorstand vermittelt werden und man daher für einen verhältnismäßig niedrigen Preis sich ein hervorragendes Kunstwerk erwerben kann.

⊡ **Windthorst-Gedächtnisfeier.** Der Windthorstbund Münster veranstaltet heute (Mittwoch) abend 9 Uhr in der Union (Krummestraße) eine Gedächtnisfeier aus Anlaß des 20. Todestages des großen Zentrumsführers Windthorst, auf die wir alle Freunde des Bundes und alle Verehrer des großen Toten besonders aufmerksam machen möchten. Die Gedächtnisrede hält ein Veteran des Zentrums, der Windthorst selbst gekannt und sein erfolgreiches Wirken mit erlebt hat.

⊡ **Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Das Birch-Pfeiffersche ländliche Charakterbild „Die Grille" wird nach längerer Pause heute in den Spielplan des Stadttheaters wieder aufgenommen. Frl. Gravi spielt die Titelrolle, Herr Kriwat den Laudry; Regisseur ist Herr Gläser. Das Libretto der am Sonntag zur Uraufführung gelangenden Operette „Der Militärfalter" von Hans Martin, ein Mittelding zwischen Lustspiel und Schwank, behandelt eine Episode aus dem Soldatenleben während der Manöverzeit. — Der Komponist Leopold Hassenkamp, ein Schüler Humperdincks, hat es verstanden, das lustige Bühnenspiel mit einer ebenso lustigen, graziösen Musik zu umgeben; namentlich die Walzermelodien der Liebesduette und die frischen Soldatengesänge lassen erwarten, daß die Operette sich die Gunst des Publikums erringen wird. — Wie bereits berichtet, gastiert am kommenden Montag und Mittwoch der berühmte Reuterdarsteller der Hofschauspieler Junkermann am ersten Abend als Onkel Bräsig in Fritz Reuters gleichnamigem Lebensbild aus der Serie „Ut mine Stromtid", am zweiten Abend in den drei Einaktern „Jochen Päsel", „Hanne Nüte", und „Möller Voß".

⊟ **Gefährliches Spielzeug.** Am Dienstag nachmittag schoß ein 16jähriger Bursche mit einem Tesching. Einem 10jährigen Schüler, der sich das ansah, drohte er, auf ihn zu schießen, falls er sich nicht entferne. Als dieser der Drohung nicht nachkam, schoß er ihn in den Fuß. Der Verletzte mußte mittels einer Droschke zum Krankenhausgeschafft werden. Der Täter wurde von einem herbeigerufenen Schutzmann abgeführt.

Standesamtsnachrichten. Geburten: 14. März. T. d. Eisenb.-Arbeiters Karl Willrich. — 17. März. T. d. Ober-Postassistenten Wilh. Klostermeyer. — 19. März. T. d. Lagerarbeiters Joh. Schlotterhose. — Aufgebote: 21. März. Zeichenlehrer Heinr. Nobis v. Arnsberg und Anna König v. h. — 21. März. Bahnarbeiter Heinr. Hewing und Josefa Theißmann, b. h. — Sterbefälle: 18. März. Landwirt Bernhard Georges, 77 J. — 20. März. T. d. Hausdieners Klemens Böckmann, 2 J. — Doktor der Theologie Klemens Kuhlmann, 47 J. — T. d. Schriftsetzers August Schlotterhose, 6 J. — Berufslose Katharina Rüter, 21 J. — Private Bernherdine Freßmann, 76 J. — T. d. Lagerarbeiters Albert Austermann, 12 Tage. — T. d. Maurers Bernhard Schöpper, 1 Mon. — 21. Schülerin Wilhelmine Hessen, 12 J.

Aus den Provinzen.

† **Borghorst,** 21. März. (Passion.) Am Samstag, den 25. d. M., wird der hiesige Cäcilien-Verein die bekannte Passion von Müller zur Aufführung bringen. Der Verein hat die besten Vorbereitungen getroffen, so daß ein Gelingen der Aufführung und ein Genuß sichergestellt sind. Auch auswärtige bewährte Kräfte wirken mit.

× **Holthausen,** Kr. Steinfurt, 20. März. (Immer praktisch.) Dem Kolon A. wurden dieser Tage bei einer Sau eine Anzahl Ferkel mehr geboren, als sie zu säugen vermochte. Nun war guter Rat teuer. Der Zufall wollte es, daß gerade ein Hund geworfen hatte. Der glückliche Schweinezüchter nahm nun die überzähligen Ferkel und setzte sie bei dem Hund, um sie von diesem säugen zu lassen. Dieses ist ihm auch vorteilhaft gelungen.

○ **Lengerich,** 20. März. (Aus dem Fenster gestürzt) ist heute vormittag das 2jährige Kind des Schreiners Schulte. Die Verletzungen sind derart, daß das Kind hoffnungslos darniederliegt. Der Sturz erfolgte aus dem ersten Stockwerk.

⊡ **Bocholt,** 20. März. (Kath. Gesellenverein.) Aus Anlaß des Patronsfestes hatte gestern abend der kath. Gesellenverein eine Festversammlung veranstaltet, die eine besondere Bedeutung dadurch gewann, daß mit ihr eine Ausstellung der während des Winters in den vom Verein veranstalteten Fachkursen fertiggestellten Arbeiten verbunden war. Zu der Versammlung, namentlich mit Rücksicht auf die Ausstellung, waren zahlreiche Einladungen ergangen, u. a. an die städtische Behörde und die Stadtverordneten. Bürgermeister Wesemann war selbst der Einladung gefolgt, ebenso mehrere dem Handwerk nahestehende Stadtverordnete. Die ausgestellten Arbeiten fanden allgemein lobende Würdigung.

△ **Dorsten,** 20. März. (Der berüchtigte Einbrecher Stratmann) hat nunmehr den hiesigen Bezirk als Feld seiner Tätigkeit ausersehen. So wurde vor kurzem hier ein äußerst frecher Diebeszug vollführt, wobei den Einbrechern ein Gefährt mit Pferd, ein Kalb sowie vier Schweine in die Hände fielen. Der Wert der gestohlenen Sachen beträgt zirka 1000 Mk. Die vier Schweine wurden in Sterkrade ermittelt und beschlagnahmt, ebenso das Fell des bereits geschlachteten Kalbes. Das gestohlene Gefährt hofft man in Oberhausen ausfindig zu machen. Der Anführer der Diebesbande ist gewiß der berüchtigte Stratmann. Stratmann macht sich durch geschickte Verkleidungen unkenntlich, wodurch seine Festnahme erschwert wird. Auf die Ergreifung des flüchtigen Zuchthaussträflings sind 1500 Mark Belohnung ausgesetzt.

⊙ **Dortmund,** 19. März. (Der Provinzial-Parteitag der westf. Zentrumspartei), welcher am Sonntag, den 26. März hierselbst abgehalten werden soll, begegnet einem lebhaften Interesse und scheint auf zahlreichen Besuch aus allen 50 landrätlichen Kreisen rechnen zu dürfen. Die geschlossene Delegierten-Sitzung, zu der die Einladungen durch das Generalsekretariat in Münster in den letzten Tagen der vorigen Woche versandt wurden, dient vertraulicher Aussprache über innere Parteiangelegenheiten. Sie beginnt um 11 Uhr Vormittags im Wintergarten des Fredenbaum und wird um 1 Uhr durch eine Mittagspause unterbrochen. Um 3 Uhr sollen die Beratungen fortgesetzt werden. Um 6 Uhr nimmt im großen Saale des Fredenbaums die öffentliche Versammlung ihren Anfang. Zu dieser hat jeder über 18 Jahre alte Zentrumsangehörige Zutritt. Es werden sprechen die Herren: Reichstagsabgeordneter Durchlaucht Fürst Löwenstein (Kleinheubach) über die politische Lage im Reiche, und Reichs- und Landtagsabgeordneter Arbeitersekretär Giesberts über unsere Aufgaben für die nächste Reichstagswahl. Der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Herold (Gut Lövelinkloe bei Münster) wird beide Versammlungen leiten.

Hörde, 21. März. (In den Ausstand) ist heute morden ein Teil der Belegschaft der Zeche „Glück auf Segen III" getreten, dagegen ist die Belegschaft der Zeche „Glück auf Segen I" angefahren.

Hörde, 21. März. **(Drahtb.)** Zum Streik auf Zeche „Glückauf Segen" teilt die Verwaltung mit: Seit dem 1. März sind zur besseren Kontrolle über unreine und minderwertige Kohle für die Morgen- und Nachmittagsschicht getrennte Kohlenwagen-Nummern eingeführt worden. Ein Gesuch, diese Maßnahme aufzuheben, ist von der Zeche abgelehnt worden. In der Arbeiterausschuß-Sitzung wurde von der Verwaltung eine Begründung dieser Maßnahme gegeben, worauf sich die Versammlung einverstanden erklärte. Trotzdem von allen Seiten gegen den Streik gesprochen wurde, ist dieser nun doch ausgebrochen. Eine heute morgen einberufene Belegschaftsversammlung vertagte sich auf heute nachmittag 3 Uhr.

× **Botirop,** 20. März. (Überfallener Gendarmeriebeamter.) In der vergangenen Nacht wurde hier ein Gendarmeriewachtmeister, der zu einer Schlägerei gerufen wurde, bei seinem Eintreffen am Tatorte von polnischen Bergarbeitern hinterrücks überfallen und mit einem Beile so schwer mißhandelt, daß er sofort kampfunfähig war. Er mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Die Täter sind festgenommen. Der Beamte wird für lange Zeit dienstunfähig sein.

† **Osnabrück,** 20. März. (Unglücksfälle mancherlei Art) ereigneten sich hier. Als der Lokomotivführer Dinersen sich gestern früh zum Dienst begeben wollte, wurde er vor dem Lokomotivschuppen auf dem Bremer Bahnhof von einer Schnellzugslokomotive erfaßt; es wurde ihm ein Bein abgefahren. — Gestern nachmittag wurde kurz vor dem Übergange an der Bramscheerstraße eine ältere Frau von einem Kutschwagen überfahren und lebensgefährlich verletzt. — Zum Kain durch den Alkohol wurde ein Arbeiter H. im benachbarten Rulle. Auf dem Heimwege von der Arbeit versetzte er seinem Bruder, der ebenfalls betrunken, mit einer Schaufel derartige wuchtige Schläge, daß dieser, als man ihn am andern Morgen nach seiner Wohnung bringen wollte, starb. — Auf dem Georgsmarienhüttenwerk ereignete sich ein trauriger Unglücksfall. Der Schlosser Spieker war bei der Reparatur der Druckwasserleitung unter dem Mischer beschäftigt. Während der Arbeit bemerkte der auf der anderen Seite des Mischers arbeitende Kollege Gasgeruch und rief den Sp. an, der jedoch keine Antwort gab, da er durch Einatmen des Gases betäubt geworden war. Sofort angestellte Belebungsversuche waren erfolglos.

⊡ **Gildehaus,** 19. März. (Zwangsinnungen.) Heute tagte hier eine öffentliche Handwerker-Versammlung, welche aus den Orten Schüttorf, Bentheim und Gildehaus gut besucht war. Nach einem Vortrage des Handwerkskammersekretärs Eveling aus Osnabrück wurde von den Mitgliedern der einzelnen Handwerke beschlossen, Zwangsinnungen für den Bezirk der Obergrafschaft Bentheim zu gründen, und zwar wurden Anträge an den Regierungspräsidenten gestellt von den Maurern, Zimmerern und Tischlern, Schmieden, Schlossern, Kupferschmieden und Klempnern, Malern und Glasern, Schneidern und schließlich von den Bäckern. Die Zwangsinnungen sollen schon am 1. Mai in Kraft treten.

⊟ **Papenburg,** 21. März. (Fürsorgeerziehungsanstalt.) Die seit langer Zeit geführten Verhandlungen zwecks Errichtung einer Fürsorgeerziehungsanstalt im Bürgermoor, welche der Leitung von Trappisten unterstellt sein soll, sind zum Abschluß gebracht. Mit dem Ausbau der Gebäulichkeiten soll alsbald begonnen werden.

Koblenz, 21. März. **(Drahtb.)** Heute nacht brach in dem neuerbauten Lehrerinnenseminar auf der Rheininsel Oberwerth Feuer aus. Der Dachstuhl wurde vernichtet, die Aula und die Kapelle sind ausgebrannt. Verletzt wurde niemand, doch wurde die auf dem Dachstuhl befindliche Habe der Schülerinnen vernichtet. Der Unterricht ist eingestellt, und die Schülerinnen sind in die Heimat entlassen worden. Heute vormittag um 10 Uhr dauerte der Brand noch an.

Vermischtes.

Berlin, 21. März. **(Drahtb.)** In dem Tiefkeller bei dem Neubau des Wertheimschen Warenhauses in der Grunerstr. ist heute vormittag ein provisorisches Gerüst beim Hochwinden eines eisernen Trägers eingestürzt. Drei Arbeiter wurden schwer und vier leicht verletzt.

* **Frankfurt,** 21. März. Die Frankfurter Transport-Unfall- und Glasversicherungs-Aktien-Gesellschaft „Frankona", Rück- und Mitversicherungs-Aktien-Gesellschaft, Rückversicherungs-Gesellschaft „Europa" und Preußische Rückversicherungs-Aktien-Gesellschaft stehen — wie bereits kurz gemeldet — im Begriff, die für ihre Beamten geschaffenen Wohlfahrtseinrichtungen um eine neue von erheblicher Bedeutung zu vermehren. Sie haben gemeinschaftlich in Dornholzhausen am Taunus ein zirka 21 000 Quadratmeter großes Grundstück, auf dem sich bereits zwei für das geplante Unternehmen gut geeignete Gebäude befinden, zum Preise von 200 000 Mk. erworben, um daselbst ein Ferien- und Erholungsheim für die Beamten der vier Gesellschaften einzurichten. Für die Renovierung und wirtschaftliche Ausstattung des Ferienheims haben Aufsichtsrat und Direktion der vereinigten Gesellschaften den Betrag von 45 000 Mk. gestiftet. Das Heim ist in schönster Lage des südlichen Gebirgshanges, unmittelbar am Fuße des Herzberges, kaum 200 Schritt vom Waldrande, gelegen. Es ist von zwei Seiten frei und unbebaubar gelagert und bietet einen prachtvollen Weitblick über die Ebene nach Süden, während es durch die vorgelagerten Waldberge von Norden her gegen rauhe Windströmungen geschützt ist. Trotz der freien und völligen Abgeschiedenheit inmitten ländlicher Umgebung ist dennoch durch die Nähe des elektrischen Bahnverkehrs Homburg-Saalburg ein unmittelbarer Anschluß an die elektrischen Bahnen der Stadt Frankfurt ermöglicht. Es ist in Aussicht genommen, das Ferienheim während des ganzen Jahres für die Angestellten offen zu halten. Zu Ehren des Aufsichtsrats-Mitgliedes der erwähnten Gesellschaft, Herrn J. J. Mouson, der die Anregung zu dieser neuen Wohlfahrtseinrichtung gegeben, soll die Stiftung den Namen „Mouson-Ferienheim" führen.

Luftschiffahrt.

Die Unglücksfahrt des Düsseldorf IV.

Crefeld, 21. März. Der Ballonführer Oberleutnant Stach v. Goltzheim, der an die Unglücksstelle des Ballons Düsseldorf IV gefahren ist, hat heute morgen über den Verlauf der Fahrt ein Telegramm hierher gesandt, dessen erster Teil wahrscheinlich dem Bordbuch entnommen ist. Es heißt darin: Ab Crefeld vormittags 8¾ Uhr. Über Nijmwegen, Arnheim nach Harderwyk. Um 12¼ Uhr noch drei Sack Ballast. Entschluß: Harderwyk zu überfliegen. Aufwärts 3400 Meter über Wolken. See östlich Endhuyzen, Schleppseil abgeschleppt. Erneutes Steigen auf 1600 Meter, dann Fall in die See. Weiter in die Nähe von Wieringen. Schleppseil durch das Wasser. Bei Erreichen der Küste östlich Ewyksluis Schröder gegen Steindamm geschleudert, wo bewußtlos liegen blieb. Weiterfahrt von Kayser 1 Kilometer landeinwärts. Kayser reißt Ballon richtig auf. Wind treibt Ballon in den Kanal, wo Kayser ertrinkt, ehe Hilfe zur Stelle. Schröder unverletzt.

Amsterdam, 21. März. **(Drahtb.)** Nach einer Zeitungsmeldung ist die Leiche des Ballonführers Kayser aufgefunden worden. Sie wird von der niederländischen Krankentransport-Gesellschaft im Automobil nach Krefeld überführt werden.

---

ff. **Neue Pläne für den Flugplatz Johannisthal.**

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, wird das am Flugplatze Johannisthal liegende Gelände noch im Laufe dieses Jahres eine volkswirtschaftlich bedeutsame Umgestaltung erfahren, indem auf dem rund 115 Hektar großen Gebiete zum Teil nach englischem Muster eine Kolonie von Ein- und Zweifamilienhäusern erstehen soll. Wie uns geschrieben wird, soll dazu in erster Reihe ein Preisausschreiben dienen, durch das die Terrainaktiengesellschaft am Flugplatze Johannisthal-Adlershof die Grundlage für den Bebauungsplan gewinnen will. Es wird dadurch dem im Osten Berlins wohnenden Mittelstand die Möglichkeit gegeben, in der Nähe der Arbeitsstätte — schon der Flugplatz allein beschäftigt an 1000 Personen mit rund 5000 Familienmitgliedern — sich mit Aufwendung geringer Mittel ein eigenes Heim zu gründen und mit seiner Familie auf eigener Scholle zu wohnen. Außer den für Wohnstätten bestimmten Bezirken ist beabsichtigt, einen großen Teil des Geländes, der unmittelbar an der Görlitzerbahn gelegen ist, industriellen und gewerblichen Zwecken nutzbar zu machen. Bei der großen Entwicklung, die die Flugzeugtechnik bisher genommen und weiterhin nehmen wird, sind Anlagen von Fabriken dieser Betriebe zu erwarten, wodurch ein erhöhter Zuzug von Arbeitern und Beamten in Aussicht steht; jetzt schon sind auf dem Flugplatze, wie bemerkt, 1000 Personen ständig beschäftigt, deren Zahl den Bedürfnissen entsprechend im Laufe des Jahres zunehmen wird. Im Herbst soll auf dem Gelände des Flugplatzes ein Schuppenpark errichtet werden, der die Unterbringung von weiteren 2- bis 3000 Personen in unmittelbarer Nähe notwendig machen wird.

Letzte Nachrichten.

Deutsches Reich.

Berlin, 21. März. **(Drahtb.)** Wie die Deutsche Bank mitteilt, sind die Verträge betreffend den Weiterbau der Bagdadbahn bis Bagdad, sowie der Zweiglinie Osmanije-Alexandrette und dem Hafen von Alexandrette heute von dem Großwesir und den Vertretern der Bagdadbahn-Gesellschaft unterzeichnet worden.

Berlin, 20. März. Der bisherige Präsident der Vereinigung zur Errichtung eines Bismarck-Nationaldenkmals auf der Elisenhöhe, Fürst von Bülow, hat mit Rücksicht darauf, daß er den größten Teil des Jahres in Rom zubringt und deshalb die Arbeiten für das Denkmal nicht so fördern kann, wie er es selbst gern möchte, den Wunsch ausgesprochen, dieses Amt niederzulegen und in die Reihe der stellvertretenden Präsidenten eintreten zu dürfen. Unter Anerkennung seines Interesses hat der große Ausschuß dem Wunsch entsprochen. Es wurde einmütig beschlossen, den Reichskanzler von Bethmann Hollweg zu bitten, an Stelle des Fürsten Bülow das Präsidium zu übernehmen. Der Reichskanzler ist dieser Bitte nachgekommen.

Berlin, 21. März. Das Militärwochenblatt meldet: v. Beneckendorff und v. Hindenburg, General der Infanterie und Kommandierender General des 4. Armeekorps, wurde in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs zur Disposition gestellt; v. Sperling, Generalmajor z. D., zuletzt Kommandeur der 27. Infanteriebrigade, wurde der Charakter als Generalleutnant verliehen.

Ausland.

Budapest, 21. März. **(Drahtb.)** Bei Beginn der Sitzung des Abgeordnetenhauses gedachte Präsident Berzeviczy der Jubelfeier Italiens und bat um die Ermächtigung, ein Begrüßungstelegramm an den Präsidenten der italienischen Kammer, Marcora, entsenden zu dürfen. Szmrecsanyi erklärte im Namen der klerikalen Volkspartei, diese würde der Kundgebung sich anschließen, wenn es sich bloß um die Konsolidierung der befreundeten Nation handen würde Allein die gewalttätige Einnahme Roms verpflichte die Partei zu einer ablehnenden Haltung. Mit Ausnahme der Klerikalen billigte das Haus die Erklärung des Präsidenten. Prälat Gleswein brachte, entsprechend einem Antrage in der französischen Kammer, eine Resolution ein, in der die Regierung aufgefordert wird, durch das Ministerium des Äußern darauf hinzuwirken, daß auf der 1913 stattfindenden Konferenz im Haag die Monarchie für eine gleichzeitige Beschränkung der Rüstungen eintrete. Die Resolution war von 30 Abgeordneten ohne Unterschied der Parteistellung unterschrieben.

Bukarest, 20. März. Heute ist das neugewählte Parlament durch den König eröffnet worden. Die Thronrede, die der König selbst verlas, stellt zunächst fest, daß die konservative Mehrheit der Regierung beweise, wie sie sich des Vertrauens des Landes erfreue. Die standhafte bedächtige Politik, die Rumänien ohne Zaudern nunmehr über ein Vierteljahrhundert hindurch verfolge, sichere ihm die besten Beziehungen zu allen Staaten. Die Lage der Finanzen gestatte, auch ohne Beeinträchtigung des Gleichgewichts 8 Millionen mehr dem Heere zuzuweisen.

Rom, 21. März. **(Drahtb.)** Die Blätter beharren bei der Annahme, daß Giolitti die Bildung des Kabinetts übernehmen wird und heben die Möglichkeit hervor, daß Sozialisten in das neue Kabinett Giolitti eintreten.

Konstantinopel, 21. März. **(Drahtb.)** Den Blättern zufolge erließen die Söhne des Großscherifs von Mekka einen Aufruf an die Stämme von Assyr, in welchem sie die bevorstehende Ankunft des Großscherifs anzeigen und zur Unterwerfung auffordern. Infolgedessen beginnen einige Stämme, sich zu unterwerfen.

Fez, 21. März. Die Lage hat sich beträchtlich gebessert. In der Stadt und Umgebung ist alles ruhig. Die Bevölkerung gibt sich sorglos den anläßlich der Mulutfeier (Geburt des Propheten) veranstalteten Feierlichkeiten hin. Die Führer des Mterstammes sind in Fez eingetroffen, um vom Sultan Pardon zu erbitten. Der Sultan hat dieses auch unter gewissen Bedingungen gewährt. Die Rückkehr der Mahalla wird in kurzem erwartet.

Sport.

× **Zum Rennbahnunglück in Straußberg.** Die beiden gestürzten Jockeys A. und Th. Bastian befinden sich auf dem Wege der Besserung. Es ist zu hoffen, daß die beiden Brüder ihrem Berufe wiedergegeben werden können. Bei A. Bastian kehrt das Bewußtsein zeitweise zurück, auch besteht bei Th. Bastian keine Lebensgefahr mehr.

Handel und Industrie.

Telegraphischer Bericht der Berliner Kursbörse.

Tendenz. Angeregt durch den günstigen Verlauf der Newyorker Börse, ferner durch Zeitungsmeldungen, wonach der Essener Roheisenverband möglicherweise die Preise um 2 Mk. erhöhen werde, sowie durch die Steigerung der österreichischen Hüttenwerte in Wien und schließlich durch Nachrichten über eine zunehmende Beschäftigung in der amerikanischen Eisenindustrie war die Börse anfangs recht fest gestimmt bei fast durchweg anziehenden Kursen. Erhebliche Erhöhungen erfuhren wiederum einzelne Hüttenwerte, so Laurahütte und Phönix, die 50 bezw. 1,875 Prozent höher einsetzten. Für das letztgenannte Papier wirkten außerdem noch die Meldungen über einen sehr befriedigenden Januar-Ausweis. Auch die Elektrizitätswerte waren gut angeregt; Schuckert-Aktien gewannen 1,25 Prozent. Im Anschluß an Wien zogen auch Kreditaktien und Österreichische Staatsbahnaktien etwas an, während Lombarden unter fortgesetztem Angebote weiter zurück gingen. Die Bankaktien erfuhren nur kleine Aufbesserungen. Canada-Aktien waren anfangs überwiegend gefragt, gaben aber später unter Gewinnrealisierungen von der gestrigen wesentlichen Steigerung etwas nach. Auf dem Fondsmarkt zeigten 1902er Russen zur Schwäche, weil die allerdings unbestätigt gebliebene Zeitungsmeldung von der Ermordung des russischen Gesandten in Peking Befürchtungen wegen einer Verschärfung der russisch-chinesischen Streitigkeiten wachrief. Türkenlose blieben behauptet trotz der günstigen Zeichnungsergebnisse auf die neue Anleihe. Die Geschäftstätigkeit flaute allmählich ab, der Kursstand blieb bei guter Grundtendenz im wesentlichen unverändert. Russische Bankwerte stellten sich etwas höher. Tägliches Geld 3,50, Ultimogeld 4,75 Prozent.

Nachbörse.

österr. Kredit	209,75	209,75	Anatolier 60%	000,00	117,65
Berl. Handelsges.	173,85	174,00	Baltimore & Ohio	103,75	103,50
Commerz-Disk.-B.	117,75	117,65	Kanada Pacific	221,00	221,00
Darmst. Bank	130,75	131,00	Orientbahn	154,25	154,65
Deutsche Bank	269,50	270,00	Gotthardtbahn	000,00	000,00
Disk. Kommandit	198,25	198,65	Ital. Meridionalb.	000,00	134,25
Dresdener Bank	163,75	163,85	do. Mittelmeerb.	00,00	00,00
Nationalbank	129,50	129,80	Pennsylvania	000,00	124,65
Schaafh. Bankv.	142,00	142,00	Luxemb. Pr. Heinr.	144,50	144,50
Russische Bank	171,15	171,25	Warschau Wiener	211,25	210,65
Wiener Bankv.	000,00	000,00	3% D. Reichsanl.	84,85	84,65
Lübeck Büchner	000,00	000,00	4½% Japaner 1905	00,00	00,00
österr. Staatsbahn	159,75	159,85	4% Russ. Anl. 1902	92,85	92,65
do. Südbahn	19,85	19,75	Türkische Lose	180,25	179,80
Bochum. Gusstahl	232,50	233,50	Harpener	187,00	187,25
Deutsch-Luxbg. V.	198,80	198,50	Gross Berl. Str.-B.	199,25	199,00
Dortmd. Union C.	000,00	000,00	Hambg. Packetf.	142,25	142,25
Laurahütte	174,50	176,15	Hansa Dampfschiff	174,65	175,00
Rheinisch. Stahl	168,65	170,65	Nordd. Lloyd	108,15	108,00
Consolidation	000,00	000,00	Trust Dynamit	186,65	186,50
Gelsenkirchen	212,80	212,85	Allg. Elekt.-Ges.	272,30	272,35

Tendenz: fest.

Kassenbörse.

	20./3.	21./3.		20./3.	21./3.
Wechsel Amst. k.	000,00	169,30	Span. äuss. Sch.	00,00	00,00
" Belg. Pl. k.	00,00	80,60	Ung. Goldrente	93,50	93,00
Check London	204,45	204,5	Schatzscheine	100,25	100,30
" Paris	80,85	80,85	Sächs. Rente	83,70	83,75
Wechs. Wien	85,05	85,02	Rh.-W. Rentenbr.	000,00	000,00
" Ital. Pl. k.	00,00	80,90		91,20	91,35
Russ. Noten	216,02	216,10	Rhein. XX-XXI	100,60	100,60
Privatdiskont	3½	3½	do. XXII-XXIII	96,25	96,20
Reichsanl. kon.	94,20	94,20	III-VII, X,		
"	84,30	84,40	XII-XVII, XXIV-		
Pr. Konsol kon.	94,20	94,20	XXVII, XXIX	91,80	91,50
"	84,25	83,70	" XXVIII 16	91,60	91,60
Bayer. Handelsb.			" XVIII	88,30	88,00
Pfdb. unk. 1912	100,50	100,50	" IX, XI, XIV	86,20	86,20
Berl. H. P. abg.	97,10	97,10	W. Prov.-Anl. III		
do.	90,00	90,00	unk. b. 1909	100,70	100,60
Rh.-Westf. B.-Pf.			do. IV, u. V 1915	101,40	101,40
X, unk. 10	99,00	99,00	do. IV 09	97,10	97,10
Westd. Bd.-Cr.-Pf.			do. II, III, IV	91,25	91,25
VI unk. 10	100,20	100,20	do. IV, VIII,		
do. III unk. 05	90,80	90,80	" X (1915)	91,30	91,40
Preuss. Centr. Bd.			do. II	84,50	84,50
von 1890	99,50	99,40	Dortm. St.-Anl.	100,10	100,20
do. 99 unk. 09	99,50	99,40	Münster. Stadt-		
" 86, 89	90,20	90,20	Anleihe	90,90	92,00
" 94, 96 unk. 06	90,00	90,00	Westf. Pfdbr. 3½%	90,50	90,50
" 1904 unk. 13	90,60	90,60	" " 4%	000,00	100,10
Pr. Pfdbr. Br. 25			Köln-Mind. Pr.-Al.	136,60	136,90
unk. 14	99,40	99,40	Ostafr. Zollobl.	94,25	00,00
do. 27 unk. 15	99,70	99,60	Barmer Bankv.	124,90	124,60
do. 28 unk. 1917	100,00	99,80	B.-M. Bk. Elbf.	162,70	162,70
do. 29 unk. 1909	100,00	100,00	Berl. Handelsges.	173,75	173,80
do. 30, 31 unk. 20	100,50	100,50	Komm. & Diskb.	117,60	109,80
do. 26 unk. 14	93,50	93,50	Deutsche Bank	269,90	269,50
do. 24 unk. 1912	91,40	91,40	Diskonto-Komm.	198,30	198,50
Pr. Com. Obl. II			Dresdener Bank	163,75	164,00
unk. 10	100,40	100,60	Essener Bankv.	137,60	137,75
do. VI unk. VII			Ess. Kreditanst.	164,90	165,00
unk. 17	100,75	100,60	Mitteldeutsch. Bank	120,30	120,30
do. VIII unk. 18	100,80	101,25	Niederd. Bank	0,00	0,00
do. IX unk. 20	101,30	101,25	Osnabr. Bank	139,50	139,50
Argt. Gd. A. inn.	000,00	000,00	Rheinische Bank	118,00	117,50
Italien. Rente	000,00	000,00	Rh. Diskont.-Ges.	129,25	129,25
Rumänien 1889	00,00	00,00	Schaafh. Bv. alte	142,00	142,25
Rumänien 1898	91,80	91,80			

Industriewerte.

Allg. Elekt.-Ges.	272,80	272,50	Königsbrauerei	153,50	154,50
Alumin.-Industrie	265,75	267,00	König Wilhelm	261,00	260,00
Allg. Lok. & Strb.	162,25	162,90	do. do. St.-P.	339,50	349,50
Anglo Guano	117,30	117,90	Königsborn. Bgb.	211,00	211,00
Arenb. Bergbau	390,75	388,25	Kronprinz Ohligs	529,00	522,00
Baer & Stein	426,50	440,00	Küppersbusch	210,00	210,00
Berzelius	103,00	102,90	Lapp	107,75	107,75
Bielefeld. Masch.	472,00	474,00	Laurahütte	174,00	175,30
Bochum. B. Lit. C.	80,00	80,25	Märk. W. Berg.	121,75	121,75
Boch.-Gels. Str.	146,00	146,00	Magdeb. Bergw.	517,00	517,00
Boch. Gussstahl	232,00	232,25	Massener Bergw.	118,00	118,25
Bochum. Viktor.	124,60	124,60	Menden u. Schw.		
Buderus	118,00	118,00	St. Pr.	000,00	000,00
Chem. Weiler	220,60	221,00	Mülh. Bergb.-G.	186,75	186,30
Cölner Bergbau	457,00	458,75	Neu Westend	193,90	000,00
Concordia Bergw

Feine fertige

Herren- und Jünglings-Bekleidung.

Die Läger meines Spezialhauses sind nunmehr mit allen Neuheiten für Frühjahr und Sommer in überreichlicher Auswahl ausgestattet. Indem ich dieses anzeige, mache ich wiederholt auf meine qualitativ **hochstehende fertige Herren- und Jünglings-Bekleidung** aufmerksam, denn seit Jahren widme ich dieser Abteilung die denkbar grösste Aufmerksamkeit. Ich lasse nur streng moderne, erprobt tragfähige Stoffe und wirklich feine, solide Zutaten verwenden und ist dadurch meine Konfektion **das Vollendetste und Vollkommenste.** Meine fertige Herren- und Jünglings-Bekleidung wird in den leistungsfähigsten und grössten Spezialwerkstätten Deutschlands von befähigten, ausgewählten Arbeitskräften hergestellt und geht weit über die Ansprüche hinaus, die man im allgemeinen an die Konfektion zu stellen gewohnt ist. Sie ist das Beste, was heute in Deutschland an fertig zu kaufender Herren- und Jünglings-Bekleidung herzustellen ist. Meine Konfektion hat in den letzten Jahren ungeteilten Beifall und allgemeine Bevorzugung gefunden, was schon aus der fortgesetzten Erweiterung meines Kundenkreises, welcher sich über das ganze Münsterland und weit darüber hinaus ausdehnt, hervorgeht.

Meine Preise sind streng reell und fest, daher unübertroffen billig.

In dieser Abteilung: **Auswahl unter tausenden Pieçen.**

Einreihige u. zweireihige Sacco-Anzüge

solide Stoffqualitäten. in deutscher und englischer Ausmusterung und hochmodernen Fassons

zu **10.00, 12.00, 15.00, 18.00, 20.00, 25.00, 30.00, 35.00, 40.00** bis **65.00** Mk.

Einreihige u. zweireihige Frühjahrs-Paletots u. Ulster

dunkel gemusterte Stoffe, marengo-farbige Cheviots, farbige Covercoats, Noppen und Homespun-Qualitäten, geschmackvoll ausgestattet, elegante Fassons

zu **15.00, 18.00, 20.00, 25.00, 30.00, 35.00, 40.00, 45.00** bis **60.00** Mk.

Sport- und Loden-Anzüge. Pelerinen- und Wettermäntel. Gummi-Mäntel.

E. Feldmeyer-Zapp, Münster i. W.,

Nur am Servatiiplatz.
Salz- u. Klosterstrassen-Ecke

Grösstes Spezialhaus für Herren-, Jünglings- und Knaben-Bekleidung hier am Platze.

Send-Sonntag den 26. März bis abends 7 Uhr geöffnet.



---

ixi
Pflanzenbutter (Margarine)

Erhielt soeben wieder eine Ladung
Emser-Kränchen
und empfehle ich vorstehenden **Brunnen,** sowie sämtliche andere gangb. Sorten natürl.
Mineralwasser
zu billigsten Preisen.
A. Schmidt,
Hafenstr. 3 (Ludgeripl.-Ecke), Fernsprecher 662.

Guterh. Kochherd (weiß) wird zu kaufen gesucht. Off. postl. Münster i. W. u. E K 40.

Schulviolinen
mit allem Zubehör von 20—40 Mark.
Konzertviolinen
in jeder Preislage. w2a
M. Kneer'sche
Musikalien-Handlung.
Billigste Bezugsquelle für **Musikalien.**

Türschließer
solide, ruhig, sicher.
F. Gillen, Königstr. 58.

Klavierstimmen und Reparaturen billigst unter Garantie.
F. Dahmen,
Pianofortebauer.
Warendorferstr. 15.

Dortmunder Kind'l
Heute, Mittwoch:
Wiederholung des
Corusa-Konzertes
Anfang 4 Uhr nachmitt.
Im Programm:
Bajazzo-Rigoletto
Troubadour.
Martha etc.

Operntexte
sind billigst zu haben in der
M. Kneerschen
Musikalienhandlung.

Stadt-Theater.
Mittwoch, Anfang 8 Uhr:
Die Grille
Ländl. Charakterbilder von Birch-Pfeiffer.
Donnerstag:
Der fidele Bauer.
Operette von Fall.

Jungfrauen-Kongregation an St. Joseph.
Das Mitglied
Katharina Rüter
ist gestorben.
Das Seelenamt ist Freitag 9 Uhr, die Vereinsseelenmesse Dienstag 7 Uhr.
Die Mitglieder werden ersucht, sich zahlreich zu beteiligen.
Der Vorstand.

Todes-Anzeige!
†
Dem lieben Gott hat es gefallen, am Montag abend ½9 Uhr unser liebes Töchterchen und Schwesterchen
Elli
nach langem, schwerem Leiden im Alter von 6 Jahren zu sich und seinen Engeln zu nehmen.
Dieses zeigen tiefbetrübt mit der Bitte um stilles Beileid an
Münster, 22. März 1911
Aug. Schlotterhose
und Frau
Maria geb. **Tresselt.**
Die Beerdigung findet am Freitag morgen 7 Uhr von Beckhofstraße 9 aus statt.

†
Das
Jahres-Seelenamt
für die verstorbene
Frau Baumeister Lütz
Anna geb. **Krüger**
findet am Mittwoch, den 22. März, morgens 9 Uhr, in der Kirche zum hl. Kreuz statt.

Cocoline

H. Monhof
Bogenstr. 7
Bohnerbürsten
Kleider-Bürsten
Haar-Bürsten
Zahn-Bürsten
Nagel-Bürsten
Möbel-Bürsten
Möbel-Klopfer
Feder-Wedel
Damen-Taschen
Brieftaschen
Portemonnaies
Zigarren-Etuis
Teppichkehrmaschinen



Großes Lager
in nur **selbstverfertigten Wagen:** wie **Halbverdecks, Sommerwagen, Jagdwagen, Gigs.** Ganz besonders mache ich auf meine **Dogkarts** aufmerksam, die ich in jeder Preislage führe. Auch sind gebrauchte **Wagen** stets am Lager. Reparaturen prompt und billig.
Zur Besichtigung ladet ein w3c
Heinrich Röer,
Wagenbauer, Mauritzstraße 7/8.

Cocoline

Für Wettringer Jungfrauen!
Jede Jungfrau
sollte das schöne Blättchen
„Leitstern für christliche Jungfrauen"
halten. Jeden Sonntag erscheint eine Nummer. Bestellungen auf dieses Blättchen für das mit April beginnende zweite Vierteljahr werden bis spätestens am nächsten Sonntag, den 26. März, von mir angenommen.
Hermann Banning,
Agentur des „Leitstern",

Pianinos
jeder Preislage, auch gebraucht.
Flügel
von
Steinweg Nachf. u. a.
— von **1000 Mark** an. —
Harmoniums
für **Schule, Haus, Kapelle.**
Reparaturen. Stimmungen.
Fachmännische Beurteilungen.
M. Kneer'sches Piano-Magazin
(Inh. **P. Schneider**), w*
— **Alter Steinweg 25.** —

Zum Umzug
bringe mein grosses Lager
in
Gardinen und Rouleauxstoffen
in empfehlende Erinnerung.
Werner Hüsing
Roggenmarkt 4.



Tonbild-Theater.
Heute neue Pracht-Programme.
U. a.:
Sensationell!
John Braun u. die Luftpiraten.
Ein Drama im Luftschiff!
— Piraten von 1920. —
Ein Blick in die Zukunft!
Mit diesem großartigen Film ist etwas geschaffen worden, was in allen seinen Details eine wahre Sensation ist und den Zuschauer vom Anfang bis zu Ende in atemloser Spannung hält.
Der Hosenrock in Berlin.
Revue neuester Pariser Moden. Sehr amüsant.
Die Geigerinnen der Barmherzigkeit.
Ein herrliches Drama von selten tiefer Wirkung.

Prinzipal-Theater.
U. a.:
Das Porträt als Rächer.
Ein vorzüglich gespielter italienischer Kunstfilm. — Eigenartiges Sujet.
Glänzende realistische Darstellung.
Korsisches Blut.
Eine tragische Begebenheit aus dem sonnigen Süden.
Der Fernsprecher.
Wundervolles Drama aus dem Familienleben in einer Großstadt.
Satan als Mieter.
Durchschlagender Heiterkeitserfolg.
Außerdem andere Serien humoristischen und interessanten Inhalts.

Cocoline



Schützen- u. Krieger-vereinen empfehle **sämtliche Equipierungsstücke neu u. gebraucht, kauf- u. leihweise billigst. Lieferung vollständ. Vereinsausstattungen.** Preisliste, Leihprospekt gratis und franko. b*
Carl Rütter sen.
Münster i. W., Kr. Timp. 17—19

Ackergeräte, Cultivatoren, Walzen, :: Saemaschinen :: Ernte- u. Dreschmasch. Futterbereitungsmaschinen Jauchepump. mit schmiedeeisernen Röhren empfehlen
PH. MAYFARTH & Co.
Osnabrück, Bierstr. 35. ll5a
Tüchtige Vertreter erwünscht.

Stempel aller Art
liefert schnell und preiswert
Heinrich Stamm
Münster i. W.
Roggenmarkt 5

Haben Sie gute, getr. Herren-, Damen- u. Kindergarderobe, Schuhe 2c. zu verk.? Bitte wend. Sie sich an die Althandlg., Jüdefelderstr. 14. Fernsprecher 1631. *

ixi
Pflanzenbutter (Margarine)

15 Waggon hochhydraulischer Sackkalk,
bester Ersatz für Portland-Zement, billigst abzugeben. Anfragen unter C D 3271 befördr. die Exp. d. Ztg. *

Suche zu kaufen getr. Anzüge, Hosen, Schuhe, Stiefel, Uniformen, Waffen
Carl Rütter, a*
17—19 Nr. Timpen 17—19.

Dalli-Seifenpulver
ist u. bleibt trotz aller Neuerscheinungen
das Allerbeste

Geldschrank.
Gebrauchter, guterhaltener größerer Geldschrank zu kaufen gesucht.
Off. mit Preisangabe u. **Z 2327** an **A. Rolef,** Markt 37.

Cocoline